



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

C Ergänzungen und Nachträge

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

C. Ergänzungen und Nachträge

I

Der Münchener Prozeß um Eisners „Schulddokumente“.

I.

Vom 27. April bis zum 11. Mai 1922 fand vor dem Amtsgerichte München I unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrats Frank ein Prozeß statt, bei dem die Eisnersche Veröffentlichung und die Frage, ob es sich dabei um eine Fälschung handle, im Mittelpunkt der Verhandlung stand.

Den Anlaß gab eine Beleidigungsklage, die der Kaufmann Felix Fechenbach, der ehemalige Privatsekretär und Vertraute des Ministerpräsidenten Eisner, gegen den Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“ Professor Nikolaus Coßmann und gegen die Schriftleiter Emanuel Müller der „Münchner Neuesten Nachrichten“, Joseph Osterhuber des „Bayerischen Kurier“, Dr. Konrad Adelmaier vom „Bayerischen Vaterland“ angestrengt hatte.

Die „Süddeutschen Monatshefte“ hatten nämlich in ihrem Julihefte 1921 in einem Aufsatz ausgeführt, die Veröffentlichung Kurt Eisners über den Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin vom 18. Juli 1914 (richtig über den Bericht des Herrn von Schoen) sei eine bewußte und absichtliche Fälschung. Dazu war in einer Fußnote des Herausgebers bemerkt, Frau Eisner sage, ihr Mann habe die Fälschung gar nicht begangen, sondern sein Sekretär Fechenbach; ihr Mann habe nur seinen Namen daruntér gesetzt.

Wegen dieser Bemerkung, die in den oben genannten Blättern nachgedruckt war, hatte Fechenbach Klage gegen die verantwortlichen Schriftleiter erhoben.

Der vorsitzende Richter bezeichnete als Gegenstand der Verhandlung die Fragen:

1. Liegt eine Fälschung vor und war diese Fälschung von nachteiligen Folgen für den Friedensschluß?
2. Hat der Privatkläger die Fälschung begangen?

Es lag in der Natur der Sache, daß im Rahmen dieser Fragestellung die Kriegsschuldfrage im allgemeinen, vornehmlich die gegen Deutschland in Versailles erhobene Anklage, erörtert werden mußte. Besonders in den Gutachten der von den Parteien geladenen Sachverständigen ist das in einer Weise geschehen, die größte Beachtung verdient. Die Verhandlung stellte eine Fülle wichtigster Gesichtspunkte und Tatsachenbestände in helles Licht¹⁾. Von Anfang bis zu Ende verlief sie strenge auf der festen Unterlage unzweifelhafter Dokumente und Zeugenaussagen. Außer den Farbbüchern, außer den großen amtlichen deutschen und österreichischen Aktenpublikationen, den Enthüllungen aus russischen Archiven, den verschiedenen Memoirenwerken deutscher und ausländischer politischer Persönlichkeiten, diente als urkundliches Hilfsmittel hauptsächlich auch die damals in erster Ausgabe vorliegende Publikation der „Bayerischen Dokumente“²⁾.

Mit Genugtuung kann gesagt werden, daß in der fünfzehntägigen Verhandlung der Inhalt dieses Urkundenbuches seine volle Bestätigung fand. Es erwies sich gegen jede Anzweiflung und Kritik als hieb- und stichfest und wurde auch von der Klagspartei als einwandfrei anerkannt.

Im Prozeß ergab sich, daß Frau Eisner die ihr zugeschriebene Äußerung, Fechenbach sei der eigentliche Macher der Veröffentlichung gewesen, nicht getan hat. Doch hat Fechenbach insoweit mitgewirkt, als er am 23. November 1918 die Veröffentlichung in den Räumen der Bayerischen Gesandtschaft in Berlin nach dem Diktate Eisners niederschrieb.

Dieser Umstand rechtfertigte nach der Anschauung des Gerichts noch nicht, auch den Privatkläger der Fälschung zu bezichtigen. Jedoch billigte das Urteil den Beklagten die Wahrung berechtigter Interessen zu. Es erachtete in diesem Falle die eigenen Interessen der Beklagten mit dem öffentlichen Interesse für un-

1) Über die Verhandlung liegt ein stenographischer Bericht bei den Gerichtsakten. Das Maiheft 1922 der „Süddeutschen Monatshefte“ enthält eine teils wörtliche, teils auszugsweise Wiedergabe, namentlich auch der Gutachten der Sachverständigen.

2) Als Ergänzung kam auch die Abhandlung „Auswärtige Politik Kurt Eisners und der Bayerischen Revolution“ von Dr. Dirr zur Geltung, die gleichsam als Kommentar zu dem Urkundenband im Aprilheft 1921 der „Süddeutschen Monatshefte“ erschienen war.

trennbar verknüpft: „Das Friedensdiktat von Versailles trifft jeden Deutschen. Jeder Deutsche spürt die Wirkungen des Diktats tagtäglich am eigenen Leibe. Jeder Deutsche hat daher das Recht, nach Maßgabe seiner Fähigkeiten zu versuchen, auf eine Änderung des Diktats hinzuwirken. Dazu gehört die Entkräftung von unrichtigen Veröffentlichungen, die die Gegner zum Beweise der Urhebererschaft Deutschlands am Kriege, des Grundes des Schuld-spruches, mitverwendet haben.“

Demgemäß wurden die Beklagten freigesprochen mit Ausnahme Adelmaiers, der mit einer Geldstrafe belegt wurde, weil er in seiner Zeitung über die Wahrung berechtigter Interessen hinaus den Privatkläger mit ehrverletzenden Vorwürfen bedacht hatte.

* * *

Die Urteilsbegründung faßt die Ergebnisse der Verhandlung zusammen. Indem sie an der Hand derselben die Art, den Zweck und die Bedeutung der Eisnerschen Tat erläutert, gewinnt sie selbst die Eigenschaft eines wichtigen Dokuments. Nachstehend folgen daher die betreffenden Abschnitte im Wortlaut:

Gründe.¹⁾

1. In Artikel 231 des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrags zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten ist bestimmt: Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben (Reichsgesetzblatt 1919, S. 985).

2. Der durch die Revolution zur Macht gelangte Schriftsteller Kurt Eisner hat am 23. November 1918 in den Räumen der bayerischen Gesandtschaft in Berlin dem Privatkläger, seinem Sekretär, eine Mitteilung diktiert, die sich mit einem Bericht des bayerischen Geschäftsträgers von Schoen an den Vorsitzenden im bayerischen Ministerrate Grafen von Hertling vom 18. Juli 1914, einer Fernsprechmeldung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin vom 31. Juli 1914, 7 Uhr 45 Minuten vormittags, einer solchen vom 31. Juli 1914, 8 Uhr nachmittags, und einem Berichte des bayerischen Gesandten Grafen von Lerchenfeld vom 4. August 1914 an den Vorsitzenden im Ministerrate befaßte.

¹⁾ Sperrungen vom Herausgeber.

Die Mitteilung beginnt: „Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Äußern Eisner hat vor kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsursprung zu veröffentlichen. Diese Anregung war durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das Voraussetzung für einen Frieden der Völkerversöhnung ist. Der bayerische Ministerpräsident wird seinerseits bemüht sein, aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkriegs zu veröffentlichen. Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld einige Einzelheiten mitgeteilt.“ Die Berichte, die Fernsprechmeldungen und die Mitteilung Eisners sind in dem Buche „Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, im Auftrage des Bayerischen Landtags bearbeitet vom Abgeordneten Dr. P. Dirr, München 1922“, ihrem Wortlaute nach wiedergegeben; die Berichte und die Fernsprechmeldungen bilden die Anlage 1, die Mitteilung Eisners die Anlage 2 des Urteils; sie werden hieher bezogen¹⁾.

Die Mitteilung Eisners ist am 24. November 1918 im „Berliner Tageblatt“, an den folgenden Tagen in einer Reihe anderer Zeitungen, am 26. November 1918 insbesondere auch in Nr. 275 der „Bayerischen Staatszeitung“ als amtliche Veröffentlichung der Korrespondenz Hoffmann erschienen.

3. [Abschnitt 3 der „Gründe“ behandelt die Zeitungsaufsätze, die den Anlaß der Privatklage bildeten.]

4. Die Veröffentlichung Eisners ist, wie die Vergleichung der beiden Anlagen des Urteils ergibt, keine wortgetreue Wiedergabe der Berichte und Fernsprechmeldungen.

a) In der Veröffentlichung ist der Bericht vom 18. Juli 1914 als ein Bericht des bayerischen Gesandten Grafen von Lerchenfeld bezeichnet, während er ein Bericht des Geschäftsträgers von Schoen ist. Diese Bezeichnung verlieh mit Rücksicht auf das große Ansehen des Grafen von Lerchenfeld in der diplomatischen Welt dem Berichte ein besonderes Gewicht.

In der Veröffentlichung ist unterdrückt, daß sich der Bericht auf die von der österreichisch-ungarischen Regierung beabsichtigte Auseinandersetzung mit Serbien bezieht.

In der Veröffentlichung sind alle Teile des Berichts, in denen die Voraussetzungen für die Möglichkeit der Lokalisierung des Krieges, die beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung zur Herbeiführung der Lokalisierung erörtert werden, weggelassen, so insbesondere die Stellen: „Wie sich die anderen Mächte zu einem kriegerischen Konflikt zwischen Österreich und Serbien stellen werden, wird nach hiesiger Auffassung wesentlich davon abhängen, ob Österreich sich mit einer Züchtigung Serbiens begnügen oder auch territoriale Entschädigungen

¹⁾ Siehe oben Seite 3—16.

für sich fordern wird, im ersteren Falle dürfte es gelingen, den Krieg zu lokalisieren, im anderen Falle dagegen wären größere Verwicklungen wohl unausbleiblich. Im Interesse der Lokalisierung des Krieges wird die Reichsleitung sofort nach der Übergabe der österreichischen Note in Belgrad eine diplomatische Aktion bei den Großmächten einleiten. Sie wird geltend machen, daß es im gemeinsamen Interesse aller monarchischen Staaten liege, wenn das Belgrader Anarchistennest einmal aufgehoben werde, und sie wird darauf hinarbeiten, daß die Mächte sich auf den Standpunkt stellen, daß die Auseinandersetzung zwischen Österreich und Serbien eine Angelegenheit dieser beiden Staaten sei. Von einer Mobilmachung deutscher Truppen soll abgesehen werden, und man will auch durch unsere militärischen Stellen dahin wirken, daß Österreich nicht die gesamte Armee und insbesondere nicht die in Galizien stehenden Truppen mobilisiere, um nicht automatisch eine Gegenmobilisierung Rußlands auszulösen, die dann auch uns und danach Frankreich zu gleichen Maßnahmen zwingen und damit den europäischen Krieg heraufbeschwören würde.“

In der Veröffentlichung wird die Weglassung dieser, den wahren Sachverhalt grell beleuchtender Stellen, durch die kurze, nichtssagende, und geringschätzigste Bemerkung „Es wird dann in diesem Berichte des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert“ angedeutet.

In der Veröffentlichung sind weiter weggelassen die Stellen: „Entscheidend für die Frage, ob die Lokalisierung des Krieges gelingen wird, wird in erster Linie die Haltung Rußlands sein. Will Rußland nicht auf alle Fälle den Krieg gegen Österreich und Deutschland, so kann es in diesem Falle — und das ist das Günstige der gegenwärtigen Situation — sehr wohl untätig bleiben und sich den Serben gegenüber darauf berufen, daß es eine Kampfweise, die mit Bombenwerfen und Revolverschüssen arbeite, ebensowenig wie die anderen zivilisierten Staaten billige. Dies insbesondere, solange Österreich nicht die nationale Selbständigkeit Serbiens in Frage stellt. England wird Österreich nicht hindern, Serbien zur Rechenschaft zu ziehen; nur eine Zertrümmerung des Landes wird es kaum zulassen, vielmehr — getreu seinen Traditionen — vermutlich auch hier für das Nationalitätenprinzip eintreten.“

Aus all diesen weggelassenen Teilen und Stellen geht hervor, daß Deutschland wohl die Gefahr des Weltkrieges erkannt hat, daß es den Weltkrieg aber nicht gewollt hat, daß es seinen Ausbruch zu hindern bestrebt war, daß es eine Lokalisierung des Krieges herbeizuführen sich bemühte.

In der Veröffentlichung sind weiter weggelassen die Stellen über die vermutliche Haltung Italiens, Bulgariens, Rumäniens, Griechenlands und Montenegros, die wieder erkennen lassen, daß in dem Berichte nur an einen lokalisierten Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien gedacht ist.

In der Veröffentlichung sind endlich die Stellen über die wahrscheinliche Ablehnung der in dem Berichte nur mit 3, nicht, weil damals noch unbekannt, mit 10 Punkten angegebenen österreichischen Note durch Serbien, über die daraus sich ergebende Folge des Krieges, über das deutsche Einverständnis, daß Österreich die günstige Stunde nütze, selbst auf die Gefahr weiterer Verwickelungen, über die unangenehme Empfindung der Wiener Stellen darüber, daß Österreich von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei, über den deutschen Standpunkt, man hätte es in Berlin lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet würde und der serbischen Regierung nicht die Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten, in der Hauptsache gesperrt gedruckt, obwohl diese Stellen in dem Berichte nicht äußerlich hervorgehoben sind, und ohne daß ersichtlich gemacht ist, von wem die Sperrung herührt.

Durch diese Sperrungen wird der sich aus dem Berichte sonst nicht ergebende Eindruck hervorgerufen, Deutschland habe den Weltkrieg gewünscht.

b) In der Veröffentlichung der Fernsprechmeldung vom 31. Juli 1914 früh ist der überaus wichtige Satz: „Eine Antwort auf die gemeinsame Demarche Englands und Deutschlands ist aus Wien bis nachts 12 Uhr nicht eingelaufen gewesen“ unterdrückt und nur erwähnt, „daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden...“

Damit wird verschwiegen, daß es gerade auch Deutschland war, das sich ernstlich darum bemüht hat, den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern.

c) In der Veröffentlichung der Fernsprechmeldung vom 31. Juli 1914 abends sind bei der Ausführung: „Die Ultimata nach Petersburg, Anfrage nach Grund der Mobilisierung, Paris, Anfrage, ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden“ das Wort „selbstverständlich“ und bei der Ausführung: „Preußischer Generalstab rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können“, die Worte „Frankreich in vier Wochen“ gesperrt gedruckt.

Damit wird wiederum der aus der Fernsprechmeldung sonst nicht zu entnehmende Eindruck erweckt, Deutschland habe den Weltkrieg ersehnt.

d) In der nur zum Teil erfolgten Veröffentlichung des Berichtes vom 4. August 1914 sind bei der Ausführung: „Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkaufte wäre, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgien möglich“, die zwei Silben „Angriffs“ gesperrt gedruckt.

Damit wird der Glaube erweckt, Deutschland habe schlechthin einen Angriffskrieg gegen Frankreich führen wollen, während bei Unterbleiben des Sperrdruckes zu erkennen ist: In dem nun einmal ausgebrochenen Kriege führt Deutschland seine Verteidigung dadurch, daß es nunmehr Frankreich angreift und damit den Krieg zu gewinnen hofft.

Die Art, wie Eisner die Berichte und die Fernsprechmeldungen veröffentlicht hat, ist nach all dem eine unrichtige Wiedergabe, die den Sinn des Inhalts der Urkunden entstellt, ihn teilweise sogar in sein Gegenteil verkehrt.

5. Eisner hat, als er die Mitteilung dem Privatkläger diktierte, eine mit dem vollen Namen des Geschäftsträgers von Schoen gezeichnete Abschrift des Berichts vom 18. Juli 1914 in Händen gehabt. Die Möglichkeit, daß er im Eifer die Unterschrift nicht beachtet hat, daß er deshalb den Bericht für einen Bericht des Grafen Lerchenfeld hielt, kann nicht vollständig ausgeschaltet werden. Die übrige irreführende Art der Wiedergabe der Berichte und Fernsprechmeldungen hat Eisner bewußt und absichtlich gewählt. Nach der Behauptung des Privatklägers war Eisner, als er die Veröffentlichung vornahm, der Meinung, Deutschland trage die Alleinschuld am Kriege. Eisner war auf Grund eigener Erwägungen, die durch Einflüsterung Anderer, insbesondere des durch ein Telegramm vom 17. November 1918 (Dr. Dirr, Bayerische Dokumente, S. 39) zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld der deutschen Regierung ratenden George D. Herron bestärkt worden, der Auffassung, ein Schuldbekenntnis bringe Deutschland einen besseren Frieden. Er wollte deshalb mit seiner Veröffentlichung ein Schuldbekenntnis abgeben.

Er faßte demgemäß die Veröffentlichung in einer Art ab, daß sie ein Schuldbekenntnis wurde, obwohl die Berichte und die Fernsprechmeldungen ein Schuldbekenntnis nicht waren. Er änderte damit Urkunden, die das, was er wollte, nicht bewiesen, in der Veröffentlichung in einer Weise um, daß sie das, was er wollte, mehr oder weniger zu beweisen geeignet wurden. Auch wenn er das, was er beweisen wollte, für wahr hielt, durfte Eisner doch nicht in dieser Art verfahren.

Eisner hat mit der Veröffentlichung nebenher noch den weiteren Zweck verfolgt, die Revolution zu sichern. Der von ihm zum Gesandten in Berlin ernannte Privatgelehrte Dr. Muckle vertrat in einem an Eisner gerichteten Briefe vom 19. November 1918 die auch von Maximilian Harden geteilte Meinung: Es müsse, um die versinkende Flamme des revolutionären Geistes zu beleben, unter anderen die sofortige Veröffentlichung der Geheimakten verlangt werden (Dr. Dirr, Bayerische Dokumente, S. 43). Eisner bekannte in der Sitzung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates vom 28. November 1918: Ich kam nach Berlin als Vertreter Bayerns und sah da zu meiner großen Überraschung, daß in Berlin die Konterrevolution nicht droht, sondern

daß sie ruhig regiert. Die Konterrevolution regiert in Berlin ganz gemächlich, als ob gar nichts geschehen wäre. Als ich das sah, da holte ich aus meiner Aktenmappe jenes Schriftstück, durch das nun der letzte Schleier von den Geheimnissen dieses Weltkrieges gerissen wird, jenen Bericht des Vertreters des Grafen Lerchenfeld, des Herrn von Schoen, an den Grafen Hertling, in dem nun in aller Behaglichkeit auseinandergesetzt wird, wie man beabsichtigte, den Weltkrieg zu entfesseln. Damit wollte ich die Konterrevolution, die regierende Konterrevolution, in die Luft sprengen (Beil. z. d. Verhandl. d. Provis. Nationalrates d. Volksstaates Bayern 1918, Bd. I, Beil. 1, S. 3).

Es kann dahingestellt bleiben, ob Eisner vielleicht im Hinblick auf die von ihm verfolgten Zwecke die Bedenken gegen die Art der Veröffentlichung übersah oder nicht, die Art der Veröffentlichung hat er — vielleicht mit Ausnahme der unrichtigen Bezeichnung des Verfassers des Berichtes vom 18. Juli 1914 — bewußt und absichtlich gewählt.

6. Die Veröffentlichung Eisners ist somit eine Fälschung im wahren Sinne des Wortes.

Die zur Frage der Fälschung gehörten Zeugen und Sachverständigen, Dr. Dirr, Vorstand des Stadtarchivs München, Dr. Striedinger, Oberarchivrat im Hauptstaatsarchiv München, Dr. Delbrück, Professor der Geschichte a. D. an der Universität Berlin und Mitglied der deutschen Viererkommission zur Prüfung des Berichtes der gegnerischen Kommission für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen, Graf Max Montgelas, Mitglied der Viererkommission und Mitherausgeber der Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“, Dr. Fischer, Sekretär des Untersuchungsausschusses des Reichstags, Dr. Thimme und Dr. Lepsius, beide amtlich bestellte Herausgeber der deutschen politischen Akten von 1871 an, Dr. Karo, Professor an der Universität Halle, bezeichnen ebenfalls alle, und zwar unter ihrem Eide mit triftigen Gründen die Veröffentlichung als eine Fälschung. Der Rechtsanwalt Dr. Hermann Harris Aall, Mitglied der neutralen Schuldkommission in Christiania, Dr. Adolfo Bonilla y San Martin, Professor an der Universität Madrid, Fredrik Böök, Professor an der Universität Lund in Schweden, Dr. Ernesto Quesada, Professor an der Universität und Generalstaatsanwalt in Buenos Aires, J. Versluys, Professor und Mitglied der neutralen Schuldkommission in Hilversum (Holland), Thomas C. Hall, Professor in New-Jersey, jetzt in Göttingen, Sidney B. Fay, Professor für Geschichte und Staatsrecht in Northampton, Dr. Alberto Lombroso, Direktor der „Rivista di Roma“, Dr. Boghitschewitsch, früherer serbischer Geschäftsträger in Berlin, E. N. Bennett, Member of Parliament in London, Joseph King, Mitglied der englischen Arbeiterpartei in London und Edouard Dujardin, Professor der Geschichte in Paris, nennen alle in schriftlichen Erklärungen die Veröffentlichung ebenfalls eine Fälschung.

Auch der Zeuge und Sachverständige Dr. Quidde, Privatgelehrter in München, hält die Art der Veröffentlichung für in höchstem Maße anfechtbar.

Der Beistand des Privatklägers, Rechtsanwalt Dr. Philipp Löwenfeld, endlich hat freimütig zugegeben, es liege eine Fälschung nach der sachlichen Seite vor.

Die Veröffentlichung ist eine amtliche Veröffentlichung. Die Fälschung ist deshalb auch eine amtliche Fälschung.

7. Die Fälschung wird nicht dadurch ausgeschaltet, daß am Eingang der Veröffentlichung ausgeführt ist: „Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld einige Einzelheiten mitgeteilt“ und daß im Texte der Veröffentlichung mehrfach Teile der Berichte und der Fernsprechmeldungen auch in äußerlich erkennbarer Weise zusammengefaßt wiedergegeben werden.

Wenn der Ministerpräsident und Minister des Äußeren von Bayern, des zweitgrößten Bundesstaates des Deutschen Reiches, unter der Mitteilung, er habe bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsursprung zu veröffentlichen, und unter der tönenden Begründung, diese Anregung sei durch die Einsicht veranlaßt gewesen, daß nur durch die volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das Voraussetzung für einen Frieden der Völkerversöhnung ist, während des Waffenstillstandes und vor Friedensschluß aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkriegs aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Dienstes zu veröffentlichen unternimmt, so erwartet die aufhorchende Welt und muß erwarten: Die diplomatischen Urkunden werden ihrem vollen Wortlaute nach veröffentlicht. Wird von der Veröffentlichung des vollen Wortlautes abgesehen, so wird mindestens alles, was bedeutungsvoll ist, gebracht, werden besonders wesentliche Stellen nicht unterdrückt. Es werden nicht den Sinn färbende Sperrungen des Druckes vorgenommen. Es wird der Sachverhalt so erschöpfend wiedergegeben, daß der Leser sich selbst ein Urteil bilden kann, und nicht so gekürzt, daß er die unrichtige Meinung des Ministerpräsidenten zu stützen geeignet ist. Kurz, es unterbleibt jede, eine falsche, ja auch nur eine schiefe Auffassung des Inhalts der Aktenstücke zulassende Art der Wiedergabe.

Die Fälschung wird auch dadurch nicht entschuldigt, daß die Raumnot der Zeitungen Kürzungen verlangt. Die Veröffentlichung war eine derart wichtige Sache, daß, wenn Raumnot bestand, andere weniger bedeutende Dinge zurückgestellt werden mußten.

Die Fälschung wird endlich auch damit nicht aus der Welt geschafft, daß die Meinung vertreten wird, die deutsche, die bayerische Diplomatie habe ein System der doppelten Buchführung gehabt in dem Sinne, daß in offiziellen Berichten die Dinge nicht immer so dargestellt wurden, wie sie waren, in privaten Berichten dagegen die Wahrheit gesagt wurde, der Bericht vom 18. Juli 1914 bringe, weil offizieller Bericht, nicht die volle Wahrheit. Wie die unter Eid vernommenen, die Ge-

pflogenheiten des deutschen und des bayerischen Diplomatendienstes kennenden Zeugen Graf von Soden, Staatsrat v. Loeßl, Dr. Dirr, Graf Montgelas, Graf Monts, Dr. Fischer, Dr. Thimme und Dr. Lepsius ausdrücklich und überzeugend bekunden, hat es eine doppelte Buchführung in diesem Sinne nie gegeben.

Die von dem Privatkläger vorgelegte Abschrift eines Privatberichtes des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling vom 9. Dezember 1914, durch den der Nachweis für eine doppelte Buchführung geliefert werden sollte, hat diesen Nachweis nicht erbracht; durch die beeidigte Aussage des Zeugen Grafen Lerchenfeld und durch den Inhalt des von ihm bekanntgegebenen Antwortbriefes des Grafen Hertling an ihn vom 11. Dezember 1914 istargetan: Von einem Ansinnen, Graf Hertling solle Unwahrheiten bekanntgeben, kann nicht die Rede sein; Graf Hertling ist nur ersucht worden, wenn er irrtümlich eine tatsächliche Unrichtigkeit dem französischen Geschäftsträger Allizé gegenüber gesagt haben sollte, dies zur Steuer der Wahrheit öffentlich zu berichtigen.

8. Die Wirkung der Veröffentlichung war bei den Gegnern Deutschlands nicht die, die Eisner erwartete. Sie war die, die die Reichsleitung und das Auswärtige Amt in ihren Kundgebungen vom 25., 26. und 28. November 1918 (Dr. Dirr, Bayerische Dokumente, S. 51, 58 und 59) erörterten. Sie war die, die der Zeuge Dr. Quidde in seiner Rede in der 4. Sitzung des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern vom 17. Dezember 1918 (Stenogr. Bericht d. prov. Nat.-R. 1918, Bd. I, S. 58 und ff.) angab. Sie war die, die jeder mit nur etwas Wirklichkeitssinn ausgestattete Mensch voraussehen konnte.

Unsere Gegner haben sich mit Freuden der Veröffentlichung bemächtigt, nicht um einen Frieden der Völkerversöhnung zu schließen, sondern um den in dem eingangs erwähnten Artikel 231 des Friedensvertrags aufgestellten, von Deutschland nicht aus Überzeugung, sondern nur unter dem Drucke der damals verzweifelten Lage anerkannten Spruch, Deutschland sei Urheber des Weltkrieges, durch ein deutsches Zeugnis mitzustützen, einen Spruch, der die Deutschland auferlegten unerträglichen Lasten rechtfertigen soll.

Dem Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation, Kurt Freiherrn von Lersner, tönte nach seiner beeidigten Zeugenaussage, wenn er sich mit den Gegnern über die Schuldfrage unterhielt und dabei die Frage verneinte, der Name „Eisner“ entgegen.

In dem Berichte der Kommission der Gegner für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen vom 29. März 1919 an die Konferenz der Friedenspräliminarien ist die Veröffentlichung Eisners zum Beweise von Deutschlands Schuld mehrfach erwähnt, dazu teilweise noch mit weiteren Entstellungen (Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges, Berlin 1919, S. 31 ff.).

Die deutsche Viererkommission konnte in ihren Bemerkungen vom 27. Mai 1919 zum Bericht der Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen über die Verantwortlichkeiten der Urheber

des Krieges (Deutsches Weißbuch, S. 56ff.) die Veröffentlichung Eisners nicht als Fälschung entlarven, weil ihr der volle Wortlaut der Berichte und Fernsprechmeldungen damals nicht bekannt war.

Die Mantelnote des Ultimatums vom 16. Juni 1919, in dem die Gegner die unbedingte Annahme des Friedensdiktats von Deutschland forderten, und das Ultimatum selbst enthalten eine ausführliche Schuldanklage. Sie beruhen auf dem Bericht der Kommission der Gegner vom 29. März 1919 und dadurch mittelbar auch mit auf der Veröffentlichung Eisners.

Die Fälschung ist eines der Hindernisse im Kampfe gegen die Behauptung der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege, einer Behauptung, die sich nach den eidlichen Aussagen der mit dem wirklichen Sachverhalt besonders vertrauten Sachverständigen, nach dem Inhalt der Bücher, die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch und die bayerischen Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldpruch, nicht rechtfertigen läßt, einer Behauptung, die, wenn auch die Gegner gleich Rußland einmal ihre Archive öffnen, wohl zweifelsfrei entkräftet werden wird, einer Behauptung, die auch der Privatkläger nicht aufrechterhält.

Die an die Veröffentlichung geknüpfte Hoffnung Eisners, der nach der beeidigten Aussage des Zeugen Grafen Soden am 24. November 1918 im Gebäude der bayerischen Gesandtschaft in Berlin die Meinung vertrat, Clemenceau, Lloyd George und Wilson seien die größten Idealisten, hat sich nicht erfüllt.

[Die Abschnitte 9—11 enthalten juristische Gründe für den Urteilsspruch.]

2.

Der in Punkt 7 der Urteilsbegründung angeführte Brief Lerchenfelds an Hertling vom 9. Dezember 1914 über die im französischen Gelbbuch enthaltene Unterredung Hertlings mit Allizé, dem französischen Geschäftsträger in München, wurde von der Klagspartei dem Gerichte abschriftlich vorgelegt. Mit einer technisch kaum erklärbaren Raschheit, fast gleichzeitig, erschien das Schriftstück in der Pariser Presse, die es als einen neuen Beweis angeblichen deutschen Schuldbewußtseins ausbeutete

Dagegen unterschlug bezeichnenderweise die Entente-
presse bis heute das Antwortschreiben Hertlings vom 11. Dezember 1914, dessen Original ebenfalls unverzüglich dem Gerichte unterbreitet wurde. Dieses Schreiben räumte mit allen Mißverständnissen oder Mißdeutungen, die möglicherweise an den Lerchenfeld'schen Brief geknüpft werden konnten, und wie sie hernach tatsächlich in den Ententeländern verbreitet wurden, sofort gründlich auf.

Wie die Klagspartei in den Besitz der Abschrift des Lerchenfeld'schen Briefes gekommen ist, blieb unaufgeklärt. Das Original ist in den Akten des Ministeriums des Äußern nicht mehr vorhanden¹⁾. Dagegen fand sich der Brief Hertlings sofort vor.

Die beiden Dokumente lauten:

Der Brief Lerchenfelds.

Berlin, 9. Dezember 1914.

Hochverehrtester Freund!

Das französische Gelbbuch liegt hier noch nicht vor. Die Zeitungen haben aber bereits Auszüge gebracht. Der des „Matin“ erwähnt eine Unterredung zwischen Euer Exzellenz und dem französischen Geschäftsträger, Herrn Allizé, die auch in deutschen Zeitungen gemeldet wird. Nach dem „Matin“-Auszug hätten Euere Exzellenz Herrn Allizé gesagt, daß Ihnen das österreichische Ultimatum bekannt sei. Nach dem „Berliner Tageblatt“ hätte Ihre Mitteilung gelautet, daß das Ultimatum Ihnen in seinen Hauptzügen bekannt sei und Sie die Lage für ernst hielten.

Ich lege die erwähnten Ausschnitte samt einem Ausschnitt aus der „Times“ in der Anlage vor.

Heute hat mich Graf Wedel auf die Sache angedet und bemerkt, daß diese Zeitungsmeldungen hier großes Aufsehen erregt hätten. Das Auswärtige Amt habe allen Staaten und der Öffentlichkeit gegenüber immer daran festgehalten, daß ihm das österreichische Ultimatum vor seiner Überreichung in Belgrad nicht bekannt gewesen sei. Dieses Gebäude, das für die Stellung des Reiches den jetzigen Feinden gegenüber wichtig sei, würde durch die Äußerung Eurer Exzellenz an Herrn Allizé, wenn sie unwiderlegt bliebe, umgestürzt.

Ich habe Graf Wedel erwidert, daß Euer Exzellenz das Ultimatum sicherlich nicht gekannt hätten. Wenn die Unterredung mit Herrn Allizé überhaupt stattgefunden hätte, was ich nicht wisse, so würden Eure Exzellenz diesem gewiß nur gesagt haben, daß Österreich, wie die Dinge liegen, ernste Garantien von Serbien verlangen müsse, und daß hienach die Lage ernst sei.

Nun ist mir aus den Akten bekannt, daß Euer Exzellenz durch den Bericht des damaligen Geschäftsträgers, Herrn von Schoen, vom 18. Juli l. Js. Nr. 386 den wesentlichen Inhalt der österreichischen Ultimatusnote ersehen hatten. Schoen hat aber in seinem Bericht darauf hingewiesen, daß Deutschland behaupten werde, es sei von der österreichischen Aktion ebenso überrascht worden, wie alle anderen Mächte. Dabei muß es selbstredend bleiben und es muß daher auf alle

¹⁾ Der von einigen Schriftstellern erhobene Vorwurf, als ob das Aktenstück absichtlich nicht in die vorliegende Sammlung aufgenommen worden sei, ist daher hinfällig.

Fälle bestritten werden, daß Euer Exzellenz den Inhalt des Ultimatus vor seiner Überreichung gekannt haben. Denn, wie der „Matin“ sagt, kann nicht angenommen werden, daß das, was man in München wußte, nicht in Berlin bekannt gewesen wäre . . . que le Gouvernement bavarois qui ne pouvait avoir de secret pour Berlin . . .

Ich erwarte nun den Befehl, was ich dem Grafen Wedel auf seine Anfrage antworten soll. Dem Ausland gegenüber muß, wie schon gesagt, auf alle Fälle alles bestritten werden. Was die Stellung gegenüber dem hiesigen Auswärtigen Amt betrifft, so dürfte hier in Betracht kommen, daß die österreichische Note in Belgrad am 23. Juli, also am selben Tage in Belgrad übergeben worden ist, an dem die angebliche Unterredung Eurer Exzellenz mit Herrn Allizé stattgefunden haben soll. Ferner, daß schon vorher einiges aus der Note am Tage vor dem 23. in der Presse durchgesickert war. („Münchener Neueste Nachrichten“ vom 22. Juli, Vorblatt Nr. 370, S. 1 „Vor einer neuen Krisis“). Es wird in diesem Artikel von der Unterdrückung der verbrecherischen Propaganda in Serbien gesprochen. Die Lage war also ernst und es muß verständlich sein, wenn Euer Exzellenz den französischen Geschäftsträger darauf aufmerksam gemacht haben. Es ist endlich auch möglich, daß Unterstaatssekretär Zimmermann sich der Unterredung mit Schoen (18. Juli) nicht mehr erinnert, und daß man den Bericht Schoens vom gleichen Tage ignorierte. Aber darauf ist kein Verlaß. Es scheint mir deshalb nicht zu empfehlen, dem Auswärtigen Amt jede Kenntnis der österreichischen Note in Abrede zu stellen. Aber ebenso wenig notwendig des Berichtes Schoens Erwähnung zu tun, wenn nicht darnach gefragt wird.

Aber Euer Exzellenz werden dies alles am besten selbst ermessen und ich bitte, meine Vorschläge nur meiner guten Absicht anzurechnen, die Sache möglichst glatt aus der Welt geschafft zu sehen.

Noch eines möchte ich bemerken: Es wird wohl darauf hinauslaufen, daß eine Richtigstellung in der Bayerischen Landeszeitung erscheint. Vielleicht senden mir Euer Exzellenz gleich mit der Antwort auf diesen Brief einen Entwurf einer solchen Erklärung, den ich im Auswärtigen Amt zur Sprache bringen kann.

In treuer Verehrung

Euer Exzellenz
treu ergebener
Graf Lerchenfeld.

Hertlings Antwort.

München, 11. Dezember 1914.

Hochverehrter Freund!

Besten Dank für Ihren Brief vom 9. ds. Mts. und für die darin gegebenen wertvollen Anregungen. In der gleichen Angelegenheit war gestern Herr v. Treutler, der sich einige Tage hier aufgehalten hat,

bei mir und erkundigte sich im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach dem Sachverhalt. Ich kann nur wiederholt erklären, daß es mir unfindlich ist, wie die fragliche Bemerkung in das Gelbbuch gekommen sein mag, wenn nicht auch hier wieder eine absichtliche Entstellung der tatsächlichen Verhältnisse vorliegt. Alles, was ich von dem zu erwartenden österreichischen Ultimatum wußte, beruhte auf dem Bericht des Herrn v. Schoen vom 18. Juli. Wie der Inhalt dieses Berichtes ergibt, war damals noch gar nichts gewiß, zu welchen Forderungen sich Österreich tatsächlich entschließen wird. Gleich eingangs heißt es in dem Bericht von der seitens der österreichisch-ungarischen Regierung „beabsichtigten Auseinandersetzung mit Serbien“; an einer späteren Stelle sind einige österreichische Forderungen angeführt, jedoch mit dem Beifügen „soweit bis jetzt feststeht“. Weiter findet sich der bemerkenswerte Vorbehalt, „ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn von Jagow wie Herrn v. Zimmermann noch immer zweifelhaft“.

Daß ich bei so wenig bestimmten Mitteilungen über das Ultimatum Herrn Allizé gegenüber erklärt haben sollte, das Ultimatum sei mir bekannt, ist ganz ausgeschlossen. Auch die Hauptzüge des Ultimatus waren mir nicht bekannt, wie ein Vergleich der in dem Bericht des Herrn v. Schoen mitgeteilten voraussichtlich drei Forderungspunkten mit den tatsächlich zehn Punkten des Ultimatus ohne weiteres ergibt. Dazu kommt, daß mit das Wesentlichste des österreichischen Ultimatus dessen außergewöhnlich scharfe Fassung war, von der ich natürlich auch keine Kenntnis hatte.

Nach allem wäre ich in der Lage, mit gutem Gewissen die im Entwurf anliegende halbamtliche Erklärung veröffentlichen zu lassen, die dann gleichzeitig der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und durch Wolff-Bureau in der Presse verbreitet werden könnte. Euer Exzellenz darf ich ergebenst ersuchen, hierüber alsbald mit dem Auswärtigen Amt ins Benehmen zu treten. Ich werde dann morgen Samstag, 12. Dezember, um 1 Uhr bei Ihnen antelephonieren, so daß im Falle des Einverständnisses des Auswärtigen Amtes die halbamtliche Erklärung noch morgen abend in die Staatszeitung kommen könnte.

Von dem Berichte des Herrn v. Schoen vom 18. Juli wird wohl dem Auswärtigen Amt gegenüber umso mehr Gebrauch gemacht werden können, als ich über denselben auch mit Herrn v. Treutler sprach, so daß das Auswärtige Amt auf diesem Wege wahrscheinlich davon Kenntnis hat.

Mit besten Grüßen

Euer Exzellenz ergebenster
Hertling.

Halbamtliche Mitteilung in der Bayerischen Staatszeitung.

Die im Hertlingschen Schreiben angekündigte amtliche Erklärung erschien in der Bayerischen Staatszeitung in folgender Form:

12. Dezember 1914.

Das französische Gelbbuch und das österreichische
Ultimatum an Serbien.

Aus dem französischen „Gelbbuch“, das in seinem offiziellen Wortlaut hier noch nicht bekannt ist, haben französische und englische Zeitungen Auszüge gebracht, die auch in der deutschen Presse besprochen werden. In diesen Auszügen findet sich die Behauptung, daß der bayerischen Regierung das österreichische Ultimatum vor Überreichung der betreffenden Note an die serbische Regierung bekannt gewesen sei, oder, wie eine andere Lesart lautet, daß Staatsminister Graf v. Hertling am 23. Juli (dem Tag der Überreichung des Ultimatus) dem französischen Geschäftsträger Allizé in München gesagt habe, die österreichischen Forderungen seien ihm in ihren Hauptzügen bekannt und die Situation sei ernst.

Demgegenüber muß aufs bestimmteste festgestellt werden, daß die bayerische Regierung und der Staatsminister des K. Hauses und des Äußern, Graf von Hertling, von den seitens der österreichisch-ungarischen Regierung an die serbische Regierung gestellten Forderungen erst durch die am 24. Juli erfolgte Veröffentlichung in der Presse Kenntnis erhielten, und daß der bayerischen Regierung wie auch dem Staatsminister Grafen von Hertling vorher weder der Wortlaut des Ultimatus, noch die seitens der österreichisch-ungarischen Regierung am 23. Juli gestellten Forderungen in ihren Hauptzügen bekannt waren.

Die oben genannten Behauptungen des französischen Gelbbuches entsprechen demnach nicht der Wahrheit; damit entfallen auch die Schlüsse, die daraus gezogen werden wollten.

II

Das Ritter-Telegramm.

Der bayerische Gesandte beim Vatikan, Herr von Ritter, sandte am 24. Juli 1914 folgende Chiffredepesche an die Münchener Regierung:

Telegramm Nr. 216. Rom, den 24. Juli 1914, 18 Uhr 35 Min.

Papst billigt scharfes Vorgehen Österreichs gegen Serbien und schätzt im Kriegsfall mit Rußland russische und französische Armee nicht hoch ein. Kardinalsekretär hofft ebenfalls, daß Österreich diesmal durchhält und wüßte nicht, wann es sonst noch Krieg führen wollte, wenn es nicht einmal eine ausländische Agitation, die zum Morde Thronfolgers geführt hat und außerdem bei jetziger Konstellation Österreichs Existenz gefährdet, entschlossen ist, mit den Waffen zurückzuweisen. Daraus spricht auch die große Angst der Kurie vor dem Panslavismus.

Ritter.

Auch dieses Dokument hatte, ähnlich wie der Schoen'sche Bericht, seine ganz besonderen Schicksale. Wie Eisner als revolutionärer Ministerpräsident zahlreiche amtliche Schriftstücke in seine Privatwohnung brachte, um sie dort für seine Zwecke einzusehen, so tat auch sein Sekretär Fechenbach. Unter anderem nahm dieser eine Kriegszielenkschrift Erzbergers aus dem September 1914 und das obige Telegramm an sich¹⁾.

Nach dem gewaltsamen Tode Eisners am 21. Februar 1919 erwuchs aus der Revolution in München die Rätediktatur, die im Monat April in Südbayern ihr Unwesen trieb. In dieser Zeit, etwa zwischen dem 16. und 20. April, kam der Genfer Tageschriftsteller René Payot, bekannt als ausgesprochen deutschfeindlicher Mitarbeiter französischer Blätter, im Kraftwagen nach München und traf hier mit Fechenbach zusammen, den er in der Schweiz kennen gelernt hatte. Bei dieser Gelegenheit übergab

¹⁾ Die Akten sind dann im Mai 1919 durch eine gerichtliche Haus-suchung wieder an den gehörigen Ort zurückgelangt. — Siehe unten!

der ehemalige Sekretär Eisners dem Franzosen auf seinen Wunsch eine Abschrift der Erzberger'schen Kriegszielenkschrift nebst Kopien von brieflichen Antworten bekannter deutscher Staatsmänner auf diese Denkschrift, ferner eine Abschrift des Ritter-Telegramms.

Das Memorandum Erzbergers befaßte sich mit annexionistischen Plänen, die aber von namhaften deutschen Staatsmännern namentlich von Bethmann Hollweg in seinem Antwortbriefe, abgelehnt worden waren. Die Räteregierung hatte Auszüge bereits in einer Münchener Zeitung bekanntgegeben, wohl um damit im Sinne Eisners den Abgeordneten und Waffenstillstandskommissar Erzberger zu treffen und seine weitere amtliche Tätigkeit in der Friedensfrage unmöglich zu machen, dann aber auch in der Absicht, das kaiserliche Deutschland zu belasten.

Im Auslande sind diese Auszüge zunächst soviel wie unbekannt geblieben. Von dem Ritter-Telegramm behauptete Fechenbach später vor Gericht, daß Eisner gelegentlich in Reden davon Gebrauch gemacht hatte. Ein Beweis hiefür läßt sich nirgends ermitteln. Jedenfalls sind etwaige solche Hinweise Eisners in der Öffentlichkeit unbeachtet geblieben. Das Telegramm mußte in dem Zeitpunkte, da es René Payot in die Hände kam, als eine Geheimurkunde des bayerischen Staates gelten. Bemerkenswert ist übrigens auch, daß es weder zur Zeit seines Einlaufes in München, im Juli 1914, noch auch in der Folge der deutschen Reichsregierung mitgeteilt worden war.

Am 29. April 1919, kurz bevor die deutsche Friedensdelegation von den Alliierten nach Versailles entboten wurde, brachte die Pariser Tageszeitung „Le Journal“ in großer Aufmachung einen Aufsatz von René Payot: „Was Deutschland von uns gefordert hätte, wenn seine Heere siegreich gewesen wären.“ Das Kernstück bildeten die beiden bayerischen Dokumente. Der Verfasser des Aufsatzes bezeichnete sie ausdrücklich als unveröffentlichte geheime Aktenstücke und empfahl sie als solche den Diplomaten in Versailles zur Beachtung. Die Echtheit der Stücke zu bekräftigen, diente der Hinweis, daß René Payot sie als „envoyé special“ des Journal von dem ehemaligen Geheimsekretär Eisners erhalten habe.

Was mit der Veröffentlichung bezweckt wurde, geht klipp und klar hervor aus den Schlußsätzen des Artikels: „Wir sind glücklich, der öffentlichen Meinung Frankreichs diese Dokumente

vorzulegen, deren Wichtigkeit niemanden entgehen wird. Die Erinnerung könnte nicht passender eintreffen. In dem Augenblick, in dem die Deutschen im Begriffe sind, die von der Konferenz ausgearbeiteten Friedensbedingungen in Empfang zu nehmen, müssen die Alliierten mehr denn jemals sich an die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und an die ins Auge gefaßten Forderungen der Angreifer erinnern, erhoben in einem Zeitpunkte, wo das Kriegsglück durch einen schnellen Triumph ihre ehrgeizigen Pläne zu erfüllen schien. Erinnern wir uns des Rechtes der Rache.“

Die Veröffentlichung erregte größtes Aufsehen. Erzbergers private Meinungsäußerung wurde förmlich als die Kriegszielpolitik des amtlichen Deutschland hingestellt, obwohl die Briefe maßgebender deutscher Persönlichkeiten, insbesondere des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, die Unwahrheit dieser Behauptung dartaten.

Das Ritter'sche Telegramm wurde in der französischen und italienischen Presse sowohl gegen Deutschland als auch gegen den Vatikan in tendenziöser Weise ausgebeutet.

Der bayerische Gesandte beim Vatikan, der damals noch wie während des Krieges in Lugano seines Amtes waltete, war zunächst nicht in der Lage nachzuprüfen, ob seine Meldung im Journal richtig wiedergegeben worden war¹⁾. Ebenso wenig die rechtmäßige bayerische Staatsregierung, das Ministerium Hoffmann, das in Bamberg weilte und keine Möglichkeit hatte, zu den in der Verfügungsgewalt der Räterepublikaner befindlichen Akten des Ministeriums des Äußeren in München zu gelangen.

In einem Briefe vom 3. Mai 1919 schrieb von Ritter an die bayerische Regierung in Bamberg, seine Meldung könne jedenfalls nicht als Beweis dafür genommen werden, daß Deutschland 1914 aggressive Tendenzen verfolgt habe. Die Veröffentlichung dieses

1) Die französische Übersetzung war nicht wörtlich. Der Hinweis auf die russische und französische Armee fehlte. Sie lautete: Le Pape (Pie X) approuve une action énergique de l'Autriche contre la Serbie. Karsek espère que cette fois l'Autriche tiendra le coup. Il se demande quand elle pourrait faire la guerre, si elle n'était pas même résolue à repousser par les armes une agitation étrangère qui a amené le meurtre de l'archiduc et qui, en égard à la situation actuelle de l'Autriche, met en danger son existence. Dans ces déclarations se relève la crainte de la Curie romaine à l'égard du panslavisme. Signé: Ritter.

Berichtes habe lediglich den Vatikan unnötig in den Streit gezogen.

Der Gesandte riet seiner Regierung, mit dem Nuntius in München ins Benehmen zu treten und die Veröffentlichung des Berichtes, wenn er etwa unrichtig wiedergegeben sei, zum Gegenstand eines Dementis oder aber einer Entschuldigung zu machen. Denn der Vatikan werde durch eine derartige, den diplomatischen Gepflogenheiten zuwiderlaufende Indiskretion in den Streit über den Ursprung des Krieges hineingezogen.

Zwei Tage später, am 5. Mai 1919, berichtet Ritter nach Bamberg über eine Meldung des „Secolo“. Danach habe ein hochgestellter Prälat, der eine einflußreiche Stellung im Vatikan einnehme, gegenüber dem römischen Korrespondenten des „Echo des Paris“ die Möglichkeit eines solchen Berichtes in Abrede gestellt und sich folgendermaßen geäußert:

Wenn man die politischen Ideen Pius X. kenne, der damals Papst war und in besten Beziehungen zur serbischen Regierung stand, sei es ausgeschlossen, daß der Heilige Stuhl zu einem Angriffe auf Serbien aufgemuntert habe (a incoraggiato a invadere la Serbia), aus Angst, daß sonst Österreich zugrunde gehe und daß der Vatikan damit implicite lieber den Untergang Serbiens gewünscht habe. Der Vatikan, der von Anbeginn der damaligen politischen Spannung an die gewissenhafteste Neutralität beobachtete, habe nie versucht, gewisse Staaten zum Nachteile anderer zu bevorzugen.

Der Gesandte von Ritter bemerkte hierzu, daß seiner Meldung, auch wenn sie so gelautet habe, wie sie im Journal gestanden habe, etwas unterschoben werde, was sie gar nicht enthielt:

In dem Berichte steht nichts davon, daß der Heilige Stuhl Österreich aufgemuntert habe, Serbien anzugreifen, sondern nur, daß der Heilige Stuhl es billigen würde, wenn Österreich die Agitation Serbiens, die zur Ermordung des Erzherzogs führte, energisch, eventuell mit Waffengewalt zurückweisen sollte, da sonst die Existenz Österreichs gefährdet werden könnte. Es wird damit klipp und klar die Defensivstellung Österreichs anerkannt. Von einer Bevorzugung Österreichs ist nicht die Rede, nachdem es doch Österreichs gutes Recht war, sich zu verteidigen.

Wenn der hochgestellte Prälat des Vatikans behauptet, daß in dem von ihm dargelegten Sinne die Bayerische Gesandtschaft nicht berichtet haben könne, so kann die Bayerische Regierung getrost behaupten, daß die Gesandtschaft auch nie in diesem Sinne berichtet habe.

Schließlich hieß es in einem dritten, nach Bamberg gegangenen Schreiben des Gesandten vom 20. Mai 1919:

Ohne Rücksicht darauf, ob der von Herrn Fechenbach veröffentlichte Bericht der Bayerischen Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhle richtig wiedergegeben worden ist oder nicht, und ohne objektive Prüfung seines Inhalts hat die auswärtige Presse an der Hand dieser Veröffentlichung den Vatikan in den Streit über den Ursprung des Weltkrieges hereingezogen und ihn der Parteinahme für die Zentralmächte verdächtigt.

Den Vogel hat heute die viel gelesene Tessiner Zeitung, die „Gazetta Ticinese“ abgeschossen. In einem „Il vaticano voleva la guerra“ überschriebenen Leitartikel bezeichnet die „Gazetta Ticinese“ den im „Journal“ veröffentlichten bayerischen Gesandtschaftsbericht als einen direkten Beweis dafür, daß der Vatikan den Krieg Österreichs mit Serbien gewollt habe, und außerdem fügt das Blatt unter Bezugnahme auf die von den deutschen Bischöfen an den Papst gerichtete Bitte, für Milderung der Friedensbedingungen zu intervenieren, auch noch die Bemerkung bei, daß eine derartige Verwendung begreiflich wäre und als eine der Stellung des Papstes entsprechende Handlung angesehen werden könnte, wenn sie nicht durch die Parteinahme des Papstes für die Zentralmächte und durch sein Einverständnis mit dem Angriffe Österreichs auf Serbien in ein schiefes Licht gestellt würde.

Diese Presseäußerungen bestätigen die von mir in meinem Berichte vom 3. I. Mts. Nr. 76 geäußerte Befürchtung wegen der Folgen, die die Fechenbach'sche Indiskretion für den Vatikan haben würde, und das bestärkt mich in der Annahme, daß es zum mindesten ein Gebot der Courtoisie wäre, dem Herrn Nuntius ein Wort der Entschuldigung oder des Bedauerns über die gehässigen und peinlichen Verdächtigungen auszusprechen, die das Vorgehen des Sekretärs des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten dem Vatikan eingetragen hat.

Inzwischen war nach der Befreiung Münchens aus den Fesseln der Räteherrschaft Anfang Mai 1919 gegen Fechenbach Untersuchung wegen Beseiteschaffung amtlicher Schriftstücke eingeleitet worden. Am 11. Mai lieferte die bei ihm vorgenommene Haus-suchung neben anderen Akten auch das Original des Ritter-Telegramms wieder in die Hände der Staatsregierung.

Bereits am Tage vorher hatte der Ministerpräsident Hoffmann von Bamberg aus Auftrag nach München gegeben, daß das Ministerium des Äußeren die Angelegenheit zum Gegenstand einer mündlichen Besprechung mit dem Nuntius machen solle. In Vollzug dieser Weisung erklärte ein Vertreter des Ministeriums dem Nuntius am 16. Mai 1919, „die Veröffentlichung des Telegramms des Gesandten von Ritter vom 24. Juli 1914 im Journal beruhe auf einer strafbaren Entfernung von Akten aus dem Ministerium des Äußern, die Übersetzung des Telegramms sei nicht

exakt und auch aus dem richtigen Texte könne kein Anhaltspunkt für die Behauptung entnommen werden, daß der Vatikan Österreich zu kriegerischem Vorgehen gegen Serbien ermuntert habe“.

Weiter wurde dem Nuntius mitgeteilt, „daß das Telegramm seinerzeit von München aus nicht weitergegeben, sondern nur zu den Akten genommen worden sei. Die in den französischen Blättern der Veröffentlichung beigefügten Kommentare und die daran im Artikel im Secolo vom 5. Mai 1919 geknüpften Erörterungen seien deshalb von falschen Voraussetzungen ausgegangen“¹⁾.

Der Nuntius ließ dem Ministerpräsidenten seinen Dank für die Aufklärung aussprechen.

Damit hatte die Angelegenheit ihre ordnungsgemäße und endgültige diplomatische Erledigung gefunden.

Sie spielte aber wieder eine Rolle in dem gegen Fechenbach im November 1920 durchgeführten Gerichtsverfahren wegen Beseitigung amtlicher Schriftstücke. Es endete mit einem Freispruch, da das Gericht den Schuldbeweis für eine strafbare Aktenentwendung nicht als erbracht ansah.

Sowohl in diesem Verfahren als auch in dem im vorigen Abschnitt behandelten Prozesse über Eisners „Schulddokumente“ stellte Fechenbach in Abrede, mit der Veröffentlichung im Journal etwas zu tun gehabt zu haben. Erst als er sich vom 3. bis zum 13. Oktober 1922 zusammen mit anderen Angeklagten wegen Landesverrats zu verantworten hatte, räumte er ein, die Schriftstücke an Payot abgegeben zu haben, jedoch nicht zur Veröffentlichung.

Dieses Gerichtsverfahren endete bekanntlich mit der Verurteilung der Angeklagten zu langen Zuchthausstrafen. Das Urteil gegen Fechenbach erblickte hauptsächlich in der Auslieferung des Ritter-Telegramms den Tatbestand eines Verbrechens des Landesverrates. Es nahm insbesondere an, daß der Vatikan im Frühjahr 1919 durch die Veröffentlichung Payots bloßgestellt worden sei und die Möglichkeit verloren habe, für eine Milderung der Blockade und der Friedensbedingungen zu wirken. Dadurch sei Deutschland mittelbar schwerer Schaden erwachsen.

Der über die juristische Haltbarkeit des Urteils und der Urteilsgründe entstandene Streit, der auch im bayerischen Land-

¹⁾ Bericht im Ministerium des Äußern.

tag und im Reichstag spielte¹⁾, gehört nicht zum Gegenstand der vorliegenden Publikation. Es handelt sich hier lediglich darum, die eigenartigen Schicksale der Ritter-Depesche an der Hand der Akten klarzustellen und die tendenziöse Ausbeutung dieser Urkunde durch die Entente-Propaganda zu kennzeichnen.

* * *

Nach den mehrtägigen Reichstagsverhandlungen über den letzten Fechenbach-Prozeß ging eine an die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, gerichtete „Zuschrift aus dem Vatikan“ durch die Presse, die sich gegen den Anschein wandte, „als habe der Kardinalstaatssekretär Merry del Val 1914 Österreich zum Kriege geraten“. Wenn der bayerische Gesandte eine solche Information an seine Regierung gerichtet hätte, so hieß es darin, so müßte da mindestens ein großes Mißverständnis auf seiner Seite vorliegen. Es könne auf das Bestimmteste versichert werden, daß in jenen kritischen Julitagen keinem Vertreter irgendeiner auswärtigen Macht, auch nicht Bayerns, eine maßgebende Ansicht des Vatikans mitgeteilt worden sei, nur ein Krieg könne die gespannte internationale Lage entwirren. Das Gegenteil sei der Fall. Die vatikanischen Kreise hätten sich bis zum letzten Augenblick bemüht, das entsetzliche Unheil eines Krieges von Europa und der Welt fernzuhalten.

Man kann auf diese Zuschrift mutatis mutandis die Erklärung anwenden, welche die bayerische Regierung 1919 zu der oben erwähnten Äußerung eines hochgestellten römischen Prälaten dem Münchener Nuntius gab: Was in der Zuschrift zurückgewiesen wird, steht nicht in dem Telegramm Ritters. Der Artikel der „Germania“ spricht übrigens selbst nur davon, daß aus der Meldung Ritters der Anschein entstehen könnte, als ob der Kardinalstaatssekretär oder der Papst Österreich zum Kriege geraten habe und wendet sich vorbeugend gegen die Möglichkeit einer solchen Schlußfolgerung.

Trotz dieses Sachverhalts gab der Artikel gewissen deutsch-gegnerischen Kreisen in der Schweiz Anlaß, eine abenteuerliche Legende zu verbreiten. In den katholischen „Schweizerischen

¹⁾ Stenogr. Berichte des bayerischen Landtags Nr. 148, 149 vom 16. und 17. November 1922. — Stenogr. Berichte der Reichstags-sitzungen vom 2. und 3. Juli 1923.

Republikanischen Blättern“ (Nr. 44 und 48; 1923) und darnach in dem von Friedrich Wilhelm Foerster ständig mit Aufsätzen bedienten Organ des radikalen Pazifismus, der Zeitschrift „Die Menschheit“ (1923; 9. Juni und 4. August), tauchte die ungeheuerliche Behauptung auf, das Ritter-Telegramm sei eine Fälschung, vom Grafen Hertling und von Berlin 1914 bestellt, um die bayerischen Katholiken ins „preußische Kriegsfahrwasser zu lenken.“ Die deutschen Kardinäle, Bischöfe und Geistlichen hätten das Telegramm ausgenützt, um das katholische Volk für den in Berlin und Wien längst beschlossenen Krieg zu begeistern.

Um diese Erfindung haltbarer erscheinen zu lassen, versuchte man es so hinzustellen, als ob der Artikel der „Germania“ ein amtliches Dementi des Vatikans, ja des Papstes selbst sei, und als ob dieses Dementi in unlösbarem Widerspruche mit dem Ritter-Telegramm stehe. Und daraus glaubten diese Leute die Schlußfolgerung ziehen zu dürfen, das Telegramm sei bestellte Arbeit und Fälschung, und sie wagten es, diese Verleumdung vor der Welt als eine unabweisliche geschichtliche Gewißheit darzustellen!

Eine halbamtliche Notiz der „Bayerischen Staatszeitung“ vom 6. Juli 1923 bezeichnete diese Aufstellungen als „infame Lügen“. Sie betonte insbesondere, daß die Ritter-Depesche, bevor Fechenbach sie einem französischen Journalisten aushändigte, „vom Ministerium des Äußeren überhaupt niemandem bekanntgegeben worden war, auch nicht einem Bischof oder Kardinal.“

Gleichwohl sind die falschen Ausstreuungen, mit ganz bestimmten, aber nicht weniger unwahren Einzelangaben verbrämt, wiederholt worden¹⁾.

Gegenüber einer solchen unverantwortlichen Irreführung erweisen die obigen akzentreuen Mitteilungen die klare Wahrheit!

¹⁾ Dokumente deutschen Denkens und preußischer Prinzipien. Heft 5, S. 3 ff. Verlag „Friede durch Recht“, Wiesbaden 1924.

III Gesandtenberichte.

Nachträge.

Aus den während der Revolution und der Rätezeit teilweise in Unordnung gebrachten, inzwischen wieder instand gesetzten Akten des Ministeriums des Äußern ließen sich noch nachfolgende in die vorliegende Sammlung gehörige Stücke ermitteln:

Nr. 73a (zu Seite 177).

Der Gesandte in Rom an das Ministerium des Äußern.

Telegramm. Rom, den 1. August 1914; 11²⁵ vorm.
Angekommen 6⁴⁰ nachm.

San Giuliano hat gestern abend dem Deutschen Botschafter erklärt, Italien bleibe neutral, vorbehaltlich späteren Anschlusses an die Alliierten. Gründe: Italien sei vorher nicht gefragt worden, Dreibundvertrag sehe Defensivkrieg vor und Italiens Interessen würden verletzt durch Vorgehen Österreichs gegen Serbien. Tann.

Nr. 79a (zu Seite 181).

Der Gesandte in Rom an das Ministerium des Äußern.

Telegramm. Rom, den 2. August 1914; 4⁰⁰ nachm.
Angekommen 7⁴⁵ nachm.

Botschafter Flotow hat heute dringend San Giuliano vorgestellt, casus foederis sei durch Angriff Rußlands gegeben. Minister bleibt ablehnend. Angriff sei nicht genügend stark, übrigens sei in Italien Revolution zu befürchten im Fall seiner Teilnahme am Krieg. Tann.

Nr. 79b (zu Seite 181).

Der Gesandte in Paris an das Ministerium des Äußern.

Telegramm. Paris, den 2. August 1914; 10²⁰ nachm.
Angekommen 3. 8. 1914; 5²⁵ vorm.

Gesandter Martin, der ständig im Elysée, sagte mir, die vierfachen Grenzüberschreitungen, das Aufreißen der Schienen, das Zurückhalten der Lokomotiven, das Vordringen eines deutschen Offiziers bis zu ****1) und die Verletzung der Neutralität Luxemburgs könne nicht ohne höhere Weisung erfolgt sein; er hält Lage verzweifelt. Kammerzusammentritt Montag; gerüchtweise verlautet, Cambon verließe Berlin Montag. Ritter.

1) Wort verstümmelt.

Nr. 79c (zu Seite 181).

Der Gesandte in St. Petersburg an das Ministerium des Äußern.

Telegramm. St. Petersburg, den 2. August 1914; 10⁵⁵ nachm.

Graf Pourtalès hat soeben Kriegserklärung an Rußland übergeben. Freitag 9 Uhr abends. Habe noch keinen Befehl erhalten. Übergebe meine Geschäfte und Akten der deutschen Botschaft und teile das der russischen Regierung mit. Amerikanische Botschaft übernimmt deutsche Vertretung. Auf mündliche Anfrage erklärt mir russisches Ministerium, daß mir zugleich mit der deutschen Botschaft Paß zugestellt wird. Ich werde also mit der Botschaft abreisen müssen. Abreise, Zeit und Ort noch unbekannt.

Grunelius.

Nr. 79d (zu Seite 181).

Der Gesandte in Berlin an den Vorsitzenden im Ministerrate.

Berlin, 3. August 1914.

Hochverehrtester Freund!

(Einleitend geschäftliche Angelegenheiten der Gesandtschaft.)

Es scheint dabei zu bleiben, daß alles gegen uns geht, aber ich teile die Zuversicht der Militärs, daß wir es schaffen werden.

Der Krieg ist diplomatisch nicht gut vorbereitet worden. Deshalb kann man den jetzigen Leitern unserer Politik keinen Vorwurf machen. Sie durften Österreich nicht im Stich lassen, wenn sie Deutschland nicht ganz isolieren wollten. Nicht der Czar, aber die Russen wollten den Krieg, und was immer klarer wird, England wollte ihn auch. Wenn Fehler gemacht worden sind bei uns, so liegen sie weit zurück. Was ich mit vielen anderen immer empfunden habe, die starke Flotte hat uns geschwächt. Mit der Entwicklung unserer Seemacht haben wir England zum Feind gemacht. Wir hatten an Frankreich und Rußland Gegner genug und hätten uns nicht noch einen dritten auf den Hals laden sollen. Die Feindschaft Englands, das uns selbst nicht viel anhaben kann, ist aber so fatal, weil sie uns Italien und alle Kleinen abspenstig macht. Italien fällt sicher nur deshalb ab, weil es für seine Küsten Angriffe der englischen Flotte fürchtet.

Übrigens ist weder in England noch in Italien das letzte Wort gesprochen. Es kann noch anders kommen. Freilich sind die heute gemeldete Stimmung in London und die fünfzig Millionen Pfund Anleihe schlimme Symptome. Dagegen steht, daß der Botschafter in London noch immer behauptet, England werde schließlich doch neutral bleiben.

Ich schäme mich fast, daß ich retrospektive Betrachtungen über unsere vergangene Politik angestellt habe, das hilft bekanntlich nichts.

Zurzeit geht das Bestreben des Auswärtigen Amtes dahin, Deutschland nicht als Angreifer erscheinen zu lassen. Deshalb haben unsere Truppen die französische Grenze bisher nirgends überschritten und sind dem französischen Botschafter bis jetzt die Pässe nicht zugestellt

worden. Lange kann dieser Zustand aber nicht mehr dauern. Für die militärische Lage hat er keine Bedeutung, denn, was da zu geschehen hat, geschieht, Beweis Besetzung von Luxemburg.

Hier ist die Stimmung gut. Alle Vorbereitungen vollziehen sich in größter Ruhe und Ordnung. Ich vermute, daß in wenigen Tagen schon sehr entscheidende Ereignisse eintreten.

Deutschland hat ein schweres Examen abzulegen. Gebe Gott, daß wir es bestehen. Ein Trost ist, daß wir diesem Examen nie entgangen wären, und es besser ist, wir kämpfen jetzt, als nach einigen Jahren, wo unsere Feinde fertig gerüstet gewesen wären.

In alter treuer Freundschaft

Ihr

Lerchenfeld.

Nr. 79e (zu Seite 181).

Der Staatssekretär des Auswärtigen an das Ministerium des Äußern.

Telegramm.

Berlin, den 4. August 1914; 9³⁵ (unbestimmt ob vorm. oder nachm.)

Dem Generalstab lagen unbedingt zuverlässige Nachrichten vor, wonach trotz Pariser Versprechungen über Wahrung belgischer Neutralität französische Streitkräfte sich zum Aufmarsch an Maasstrecke Givet—Namur und Vorgehen durch Belgien gegen Deutschland anschicken. Verschiedene Vorgänge der letzten Tage deuteten darauf hin, daß Ausführung des Plans bereits begonnen. Wir mußten befürchten, daß Belgien trotz besten Willens französischen Vormarsch ohne Hilfe nicht hindern könne und waren daher im Interesse Selbsterhaltung gezwungen, zur Gegenwehr gleichfalls belgisches Gebiet zu betreten. Deutschland plant keinerlei Feindseligkeiten gegen Belgien und wird belgisches Gebiet sofort nach Friedensschluß räumen.

Belgische Regierung ist vom vorstehenden freundschaftlich unterrichtet und um wohlwollende Haltung ersucht worden, hat aber protestiert und erklärt, jeder Verletzung seiner Neutralität mit Gewalt entgegenzutreten.

Wir hoffen auch jetzt noch, daß es nicht zu Zusammenstößen zwischen unserer Armee und belgischen Truppen kommen wird.

Jagow.

IV

Berichte des bayerischen Militärbevollmächtigten
in Berlin an das Kriegsministerium in München.

(Urschriften im Reichsarchiv.)

Vorbemerkung des Herausgebers.

Die nachfolgenden Meldungen und Schreiben des Generalmajors von Wenninger an seine vorgesetzte Behörde können nicht als diplomatische Dokumente im eigentlichen Sinne des Wortes gelten. Eine wörtliche Wiedergabe im vorliegenden Aktenwerk, dessen Rahmen sich auf die Gesandtenberichte beschränkte, war ursprünglich nicht vorgesehen. Es war auch nicht möglich, diese Schriftstücke in der ersten Auflage sonstwie in gekürzter Form zu berücksichtigen, weil die Originalakten damals nicht zur Hand waren, und weil sich die von mir dann gesuchten Konzepte erst zu einer Zeit im Reichsarchiv in Potsdam fanden, als die Drucklegung des Buches bereits im Gange war.

In den Nachträgen zur zweiten Auflage (Ende 1923) gab ich dann ein Referat über Wenningers Berichterstattung, das nach gewissenhafter historischer Methode alle wesentlichen Grundzüge des Inhalts unter voller Wahrung des Sinnes und Zusammenhanges deutlich machte und also genügte, um einen ausreichenden Begriff von der Art und der Bedeutung der Schriftstücke zu vermitteln. (2. Auflage, Seite 219 ff.) Wenn diese in der nunmehrigen dritten Auflage im Wortlaute erscheinen, so hat das seine besonderen Gründe in äußeren, neu hinzugekommenen Umständen, die sich aus nachfolgenden Feststellungen ergeben.

Wenningers Berichte befassen sich in der Hauptsache mit militärischen Angelegenheiten. Erst die Meldungen aus den letzten Vorkriegstagen kommen an einzelnen Stellen naturgemäß auch auf die politische Lage zu sprechen. So ist in den Schreiben vom 29. Juli und 2. August 1914 die Rede von dem Gegensatz der Anschauungen, Meinungen und Stimmungen, der in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch zwischen dem Generalstab und der Reichsleitung in Berlin hervortrat: auf der einen Seite das Drängen

der militärischen Stellen auf schleunige Klärung und Entscheidung der unerträglich gespannten Lage, in der der Krieg angesichts der vorgeschrittenen Rüstungen der Gegner, vor allem Rußlands, dem Generalstab bereits als unvermeidlich erschien, und der besorgte Wille, den Feinden den gefährlichen Vorsprung, den sie erlangt, durch rasches Losschlagen wieder abzugewinnen. Auf der andern Seite die Zurückhaltung und das Bremsen der Reichsregierung, welche militärische Vorbereitungen größeren Stils beharrlich hintanhält und die Mobilmachung bis zum Äußersten hinausschiebt, um der von Deutschland bei den Mächten mitbetriebenen diplomatischen Vermittlungsaktion zur Verhinderung des Krieges keine Hemmungen zu bereiten, sondern doch noch den Erfolg zu sichern.

Tatsachen und Verhältnisse also, die schon zur Zeit des ersten Erscheinens des vorliegenden Buches aus den bereits veröffentlichten Gesandtenberichten des Grafen Lerchenfeld und aus anderen deutschen Dokumenten bekannt waren. Was Wenninger auf grund seiner Berliner Wahrnehmungen und Eindrücke darüber nach München mitgeteilt hatte, bot keine wesentlich neuen Aufschlüsse mehr.

Gleichwohl sind in dem erwähnten Referat in der zweiten Auflage gerade auch diese Berichtstellen politischen Charakters ausdrücklich gekennzeichnet worden, so zwar, daß über ihre Art und ihren Inhalt kein Zweifel sein konnte.

Im Übrigen war jeder Forscher, der sich etwa mit dem Wortlaute der Wenninger'schen Berichte befassen wollte, durch genaue Quellenangaben instand gesetzt, die Vorlagen selbst zu erholen und einzusehen.

Von irgend einer absichtlichen oder tatsächlichen „Verheimlichung“ der Berichte des bayerischen Militärbevollmächtigten oder von einer „Fälschung“ des Schreibens vom 29. Juli zum Zwecke der Entlastung des deutschen Generalstabs, wie von der feindlichen Propagande behauptet worden ist¹⁾, kann also gar keine Rede sein. Auf solche grundlosen und böswilligen Bezeichnungen eines anonymen Verfassers weiter einzugehen, erscheint überflüssig; es genügt, sie durch die einfache Feststellung der Tatsachen niedriger zu hängen.

¹⁾ Anonymer Aufsatz „Bayerische Dokumentenforschung“ in der Wiesbadener Zeitschrift „Die Menscheit“ vom 20. Juni 1924. Später auch in die unter Grellings Mitwirkung herausgegebene Broschüre Nr. 5 des Verlags „Friede durch Recht“ übernommen.

Übrigens lagen die Berichte Wenningers auch schon für den Münchener Dokumentenprozeß (April-Mai 1922) in Abschriften bereit, um dem Gerichte vorgelegt zu werden für den Fall, daß eine der streitenden Parteien, oder einer der Gutachter (deren mehrere in die Berichte Einsicht nahmen), oder aber das Gericht selbst Wert darauf legen sollten, diese Aktenstücke irgendwie heranzuziehen. Aber während der ganzen vierzehntägigen Verhandlungen, die das zur Schuldfrage einschlägige Aktenmaterial wahrlich ausgiebig berührten, hielt es niemand für notwendig, auf die Berichterstattung des bayerischen Militärbevollmächtigten zu sprechen zu kommen. Auch nicht die Klagspartei (Fechenbach), obwohl gerade in Zeitungen, die ihr nahestanden, mehrfach Andeutungen erschienen waren, daß man die Berichte des Militärbevollmächtigten sehr wohl kenne und sie als Beweise für die Richtigkeit der Eisner'schen Auffassung von deutscher Schuld ansehe. Hiervon war, wie gesagt, im Prozesse mit keinem Worte die Rede. Offenbar maß niemand den Aktenstücken diese Bedeutung bei.

Erst später ist dem Berichte vom 29. Juli 1914 in der Öffentlichkeit wieder eine geradezu überwältigende Beweiskraft als Zeugnis für die Schuld der deutschen Militärkaste zugeschrieben worden. Die von der französischen Besetzungsmacht gerne gesehene Wiesbadener Wochenschrift „Die Menschheit“ veröffentlichte dieses Aktenstück im Originaltexte in ihrer Nummer vom 25. April 1924, unmittelbar vor der Reichstagswahl, eingeständenermaßen auch zum Zwecke der Wahlbeeinflussung.

Nun ist es aber höchst bemerkenswert, daß gerade auch das Original dieses Berichtes (laut einem Aktenvermerk vom 5. Dezember 1918) während der Herrschaft Eisners aus den Akten entnommen wurde. Es ist nie mehr dahin zurückgekehrt. Wo es heute steckt, ist nicht ersichtlich, ebensowenig, wie die erwähnte Zeitschrift zur Kenntnis des Wortlautes der Originalausfertigung gekommen ist. Darüber wird sie wohl selbst am besten Auskunft geben können.

Die mit großem Getöse verbreitete Vorgabe, als ob man es dabei mit einer ganz neuen Enthüllung von unerhörter Tragweite zu tun habe, und als ob dieses Schriftstück im Zusammenhalt mit den Erinnerungen Conrads von Hötzendorf den untrüglichen Beweis dafür erbringe, daß der Weltkrieg letzten Endes doch nur von der Berliner Militärkaste ohne Not und böswillig entfesselt

worden sei, ist in der Einleitung des vorliegenden Werkes näher beleuchtet und auf ihren wahren Wert zurückgeführt.

Im Übrigen aber ließen die geschilderten Umstände es zweckmäßig erscheinen, Wenningers Berichte, soweit sie auf die militärischen und politischen Verhältnisse der letzten Tage vor Kriegsausbruch Bezug haben, wörtlich wiederzugeben, um jedem weiteren Mißbrauch einzelner, aus dem Zusammenhang gerissener Schriftstücke, von vorneherein die Spitze abzubrechen.

* * *

Das bayerische Kriegsministerium an den bayerischen Militärbevollmächtigten in Berlin

Nr. 1

Telegramm München, den 28. Juli 1914; 8⁰⁰ nachm.

Drahtantwort, ob Rückbeorderung zahlreicher Ernteurlauber angezeigt.

Kriegsministerium.

Berichte des Militärbevollmächtigten

Nr. 2

Telegramm Berlin, den 29. Juli 1914; 12¹⁵ nachm.

Preußisches Kriegsministerium hat Einberufung von Ernteurlaubern noch nicht angeordnet.

Militär-Bevollmächtigter.

Nr. 3

Nr 2637

Berlin, den 29. Juli 1914

An
den Herrn Kriegsminister

Vertraulich!
Bericht Nr. 1

Betreff:
Politische Lage und militärische Maßnahmen.

Nach meinen heutigen Eindrücken ringen hier Kriegsministerium und Generalstab einerseits, Reichskanzler und Auswärtiges Amt andererseits mit einander. Einmütigkeit herrscht nur in der Mißstimmung, daß Österreich seine vorbereitenden Maßnahmen so wenig durchgreifend gefördert hat, daß bis zur Eröffnung der Operationen noch etwa 14 Tage vergehen werden.

Der Kriegsminister, unterstützt vom Generalstabschef, wünscht dringend militärische Maßnahmen, die der „gespannten politischen Lage“ und der immerhin „drohenden Kriegsgefahr“ entsprechen würden. Der Chef des Generalstabs will noch weiter gehen; er setzt seinen ganzen Einfluß darein, daß die selten günstige Lage zum Losschlagen ausgenützt werden solle; er weist darauf hin, daß Frankreich geradezu in militärischer Verlegenheit sich befinde, daß Rußland militärisch sich nichts weniger als sicher fühle; dazu die günstige Jahreszeit, die Ernte größtenteils geborgen, die Jahresausbildung vollendet. Der Kriegsminister und der Chef des Generalstabs begaben sich heute Mittag wieder zum Reichskanzler zu längerer Besprechung. Ich hoffe abends über das Ergebnis zu erfahren.

Diesen treibenden Elementen gegenüber bremst der Reichskanzler mit allen Kräften und wünscht alles zu vermeiden, was ähnliche Maßnahmen in Frankreich oder England auslösen und den Stein ins Rollen bringen könnte.

So soll der Reichskanzler auch mit der um einen Tag früher erfolgten Heimkehr Seiner Majestät und mit der Rückberufung aller Flottenteile (auch Schulschiffe) nicht einverstanden gewesen sein und ein unerwünschtes Echo dieser Maßnahme in der englischen Flottenbereitmachung erblicken.

Nur mit Mühe gelang es dem Kriegsminister, gestern die Zustimmung des Reichskanzlers zur Zurückberufung aller Truppenteile in die Standorte durchzusetzen; es gelang dies nur durch den Hinweis auf die gleiche Maßregel in Frankreich. Allgemeine Einberufung aller beurlaubten Offiziere und der Ernteurlauber wurde vom Reichskanzler abgelehnt; der Reichskanzler hat absichtlich auch wichtige Chefs von Zentralbehörden ersucht, im Urlaub zu verbleiben, so Exzellenz v. Tirpitz, Delbrück u. a. Das Kriegsministerium hat alle, der Generalstab die wichtigsten Offiziere gestern einberufen. Der Kommandierende General XVI. A.K. soll, wie mir im Generalstab gesagt wurde, aus eigener Befugnis alle Ernteurlauber einberufen haben. Zutreffendfalls dürfte vielleicht erwogen werden, ob die gleiche Maßnahme für die bayerischen Truppen in den Reichslanden und in der Pfalz auf Anordnung des Kommandierenden Generals II. bayer. A.K. durchgeführt werden solle.

Die Zivilbewachung der Pfalzbahnen, wie aller Grenzbahnen, ist bereits, wie mir in der zweiten Abteilung des Generalstabs mitgeteilt wurde, auf dem Wege durch das Reichseisenbahnamt angeordnet worden.

Die Rückberufung aller Truppen von den Truppenübungsplätzen wurde, wie mir der Chef A 1 sagte, bereits gestern an die drei Kriegsministerien der Bundesstaaten telegraphisch mitgeteilt; in gleicher Weise werden ähnliche weitere Vorkehrungen direkt bekanntgegeben werden. Daß bis auf weiteres auch keine Truppenteile den Standort mehr verlassen dürfen, gilt als selbstverständliche Folge.

Sonst wurde bis jetzt angeordnet:

1. Bewachung der drei großen Funkenstationen durch Sicherheitsbeamte,
2. Bewachung der Luftschiffhallen (auch der privaten) durch Militär.

Die drei Militärbevollmächtigten sind für ihre Information heute an den Chef A 1 (Oberstlt. v. Wrisberg) gewiesen worden, mit dem sie täglich zweimal (1/2 11 Uhr vorm. und 6 Uhr nachm.) zusammentreten. Heute Vormittag wurde uns zunächst der Inhalt des gestrigen Telegramms an die drei Kriegsministerien und die zwei ersten Berichte des Generalstabs über die militärischen Maßnahmen in den Nachbarländern bekanntgegeben; ich habe gebeten und die Zusage erhalten, daß ich jeweils zwei Abdrücke (für K. Kriegsministerium und bayer. Generalstab) bekomme; Nr. 1 und 2 werden mir nachgeliefert. Die Berichte beziehen sich, was Ortsnamen betrifft, auf die Perthes'sche Karte von Mitteleuropa 1:750000.

Der am 27. 7. 4 Uhr nachm. ausgegebene Bericht enthält im Auszug folgendes:

Österreich: Landsturm des IV., VII., XIII., XV. und XVI. A.K. wurde mit aufgerufen. Über die Ereignisse an der serbischen Grenze sind die Nachrichten noch nicht geklärt. Die Nachricht von der Sprengung der Savebrücke Semlin-Belgrad ist noch zweifelhaft. Ein Feuerkampf zwischen serbischen und österreichischen, auf Schiffen befindlichen Truppen scheint stattgefunden zu haben. Für den 28. 7. früh (1. Mob.-Tag) war ein Vorstoß von Temes-Kubin über die Donau in serbisches Gebiet (inzwischen mit 3 Kompagnien ausgeführt worden) und ein Einfall ins Novibasar (?) geplant. Am 27. 7. sollen aus dem Bezirk des IV. A.K. (Prag) 22 Züge nach Peterwardein und Pancsowa gefahren sein (die böhmischen Korps werden aus Mißtrauen gegen die Haltung der Czechen zuerst abbefördert). Eine Division des VII. A.K. soll Semendria gegenüber versammelt stehen.

Serbien: Der Kronprinz hat den Oberbefehl übernommen. Die höheren Führer versprochen ihm, innerhalb 8 Tagen eine Armee von 300000 Mann zur Verfügung stellen zu können. Die Hauptarmee scheint im Morawabogen Kragujevac-Krusevac-Kraljevo zusammengezogen zu werden; südlich Semendria-Belgrad und bei Valjevo stehen stärkere Kräfte. Von den voraussichtlich aufzustellenden 5 Divisionen sollen je eine an der albanischen und bulgarischen Grenze, eine Brigade an der griechischen Grenze verbleiben.

Montenegro: Die Mobilmachung ist auf Antrag Serbiens befohlen.

Griechenland: Über Paris liegt Meldung vor, daß Griechenland 100000 Mann zur Unterstützung der Serben zu stellen verpflichtet sei (?).

Rumänien: Das V. A. K. in der Dobrudscha soll durch Truppen des III. A. K. (Galatz) verstärkt werden.

Bulgarien: Nichts Neues.

Belgien: Es werden für die Mobilmachung, entsprechend einer früheren Äußerung des Kriegsministers, daß Belgien bei der geringsten Trübung des politischen Himmels in Europa Vorkehrungen für die Mobilmachung treffen würde, Vorbereitungen getroffen, die Reservejahrgänge 1910—12 werden angewiesen, sich bereitzuhalten. Offiziere und Unteroffiziere sind von Urlaub zurückgerufen.

Holland: Die Eisenbahnbrücken bei Maastricht, Roermond und Venlo sollen militärisch besetzt sein.

Frankreich: Paris vollkommen ruhig. Presse auffallend gemäßigt. Von Mobilmachung nichts zu spüren. Höhere Offiziere von Urlaub zurückgerufen, Kommandanten auf ihren Plätzen. Truppen von Übungsplätzen zurückgezogen. An der Grenze erhöhte Beobachtung, Scheinwerfer zur Beleuchtung der Grenze bereit. In Lunéville und Nancy werden die Truppen zurückgehalten. Die Eisenbahnbrücken bei Lunéville und der Kanaltunnel zwischen Commercy und Toul werden militärisch bewacht. Belfort alarmbereit.

England: Die Geschwader werden vereinigt gehalten; es findet vorläufig keine Entlassung der Reservisten statt.

Rußland: Rußland scheinbar teilweise in Mobilmachung. Umfang noch nicht mit Sicherheit erkennbar. Als ziemlich sicher Militärbezirke Odessa und Kiew, Moskau noch ungewiß. Einzelne Nachrichten über eine Mobilmachung des Militärbezirkes Warschau noch nicht bestätigt. In anderen Bezirken, besonders Wilna, Mobilmachung noch nicht angeordnet. Immerhin sicher, daß Rußland auch an der deutschen Grenze gewisse militärische Maßnahmen trifft, die als Vorbereitung für einen Krieg aufgefaßt werden müssen. Wahrscheinlich Ausspruch seiner „Kriegsvorbereitungsperiode“ für das ganze Reich. Truppen allgemein aus den Lagern in die Standorte zurückkehrend. Grenzwache überall kriegsgemäß ausgerüstet und marschbereit. Verstärkung der Grenzbewachung durch Militär macht an einzelnen Stellen bereits den Eindruck des Grenzschutzes.

v. Wenninger

Nr. 4

Telegramm

Berlin, den 30. Juli 1914; 5³⁰ nachm.

Generalkommando zwo wurde ersucht, Kunstbauten in Pfalz militärisch besetzen. Wenn Wien heutigen deutschen Vermittlungsversuch ablehnt, folgt noch heute Zustand drohender Kriegsgefahr und dann Mobilmachung.

Militär-Bevollmächtigter

Nr. 2639

Berlin, den 30. Juli 1914

An
den Herrn Kriegsminister.Vertraulich!
Bericht Nr. 2.Betreff:
Politische Lage und Maßnahmen.

Ein Oberleutnant des Generalstabs, der mir gestern abends den 3. Bericht brachte, behauptete, daß die Berichte 1, 2 und 3 bereits an bayer. K.M., Gen.St. und die 3 Generalkommandos direkt übersandt worden seien.

Ich lege gleichwohl je einen der mir übergebenen Abdrücke bei und bitte um telegraphische Nachricht, ob obige Angabe zutrifft. —

Aus den uns gestern abends im Kriegsministerium vorgelegten Attaché- und Konsulatsberichten erscheint folgendes zu(r) Ergänzung der Gen.St.-Berichte von Bedeutung:

1. Militär-Attaché Paris, 28./29. 7.

In Frankreich gesamter Güterverkehr eingestellt. Waggons requiriert. Im Innern des Reichs Bahnschutz auch durch Infanterie. Fahrzeuge und zahlreiche Zivilpersonen (Reservisten) in Kasernhöfen.

Nach Zeitungsnachrichten stehen Züge für Aufmarschtransporte auf sämtlichen Pariser Bahnhöfen bereit.

In Marokko sollen nur 40000 Mann bleiben. Zustand an Grenze weit vorgeschritten. Kraftwageneinfall anscheinend geplant. Die Regimenter in den Grenzgarnisonen konsigniert.

2. Generalkonsul Moskau, 28. 7.

Kavallerie-Regimenter in Moskau mobilisiert. Reserven werden eingezogen. Mobilmachung auch in Wilna im Gange. Äußerliche Stimmung ganz ruhig, keineswegs feindselig. Arbeiter äußerst feindselig gegen Mobilisierung, entschlossen, sie womöglich zu verhindern. Diese Feststellung durch eine geheime Kommission höherer Offiziere soll sehr starken Eindruck gemacht haben. Bauern ausschließlich Interesse an Ernte, auch Kaufmannschaft nicht kriegslustig. Polizei hier gilt gegenüber etwaigen Arbeiterunruhen als nicht ganz zuverlässig. Truppen werden von den Arbeitern streng getrennt gehalten.

Zu den unzweifelhaften Bereitmachungsanordnungen stehen die Friedensbeteuerungen Sassanows in Widerspruch; ebenso verdächtig ist seine Bitte an den deutschen Botschafter Pourtalés, ihm in der Erhaltung des Friedens zu helfen.

Das Gerücht, daß der Zar in die finnischen Schären sich begeben habe, hängt wohl mit den Arbeiterunruhen zusammen; bestätigt ist es nicht. Wenn Rußland den Frieden hält, dann ist es nur die Angst vor dem roten Gespenst.

Reichskanzler, Moltke und Falkenhayn waren gestern 6 Uhr abends nach Potsdam zum Kaiser befohlen, wo auch der Kronprinz weilte. Bis 9 Uhr abends waren die Herren noch nicht zurück. Oberst Scheuch versprach allenfalls wichtige Ergebnisse sofort mitzuteilen. Bis jetzt — 30. 7., 10 Uhr v. — kam keine Nachricht.

v. Wenninger

Nr. 6

Nr. 2650

Berlin, den 30. Juli 1914

An
den Herrn Kriegsminister.

Vertraulich!
Bericht Nr. 3.

Betreff:
Politische Lage und militärische
Maßnahmen.

1. Bei der heutigen Vormittagszusammenkunft wurde zunächst der Inhalt des Chiffretelegramms an die drei Kriegsministerien, betreffend sofortige Zurückberufung der Urlauber bekanntgegeben.

2. Die gestrigen Verhandlungen in Potsdam haben zu einem entscheidenden Ergebnis nicht geführt; es wurde nur das Zugeständnis erreicht, daß die deutschen militärischen Maßnahmen allmählich in das Stadium der drohenden Kriegsgefahr hinübergleiten dürfen.

Außer der Einberufung der Urlauber wurde folgendes befohlen:

a) Die Grenzkorps im Osten und Westen, dann das VII., IX. und XVIII. A.K. sollen die wichtigsten Kunstbauten militärisch besetzen; XVIII. A.K. ist ersucht worden, dies dem II. bay. A.K. mitzuteilen.

b) Für die großen Festungen (im Westen Metz, Straßburg, Diedenhofen, Neu-Breisach) ist angeordnet, daß die Truppen Festungskrieg üben und Teile der Armierungsstellungen ausheben, soweit sie auf fiskalischem Boden liegen.

c) Die Nachrichten über russische Bereitmachung gegenüber der deutschen Grenze lauten widersprechend. Während der Generalstab heute Früh noch der Meinung war, daß dort nur Bahnschutz-Maßnahmen Platz gegriffen hätten, beteuert ein Agent der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, daß die russischen Grenzkorps auch an der deutschen Grenze vollkommen marschbereit und versammelt seien; die Reservisten seien schon längst bei den Truppen.

Dagegen scheint festzustehen, daß im Innern Rußlands mehrere A.K. zur Unterdrückung von Unruhen zurückgelassen werden müssen.

3. Heute Mittags 12 Uhr hatte der Reichskanzler die Bevollmächtigten der Bundesregierungen zu sich berufen und sie beauftragt, an ihre Regierungen die Depesche zu senden, die Euer Exzellenz inzwischen wohl durch das Ministerium des Äußern bekannt geworden ist.

Wenn Österreich, was nicht ausgeschlossen ist, die Zumutung, eine schon einmal gegebene Erklärung feierlich zu wiederholen, zurückweist,

dann gilt offenbar auch für den Reichskanzler das letzte diplomatische Mittel als erschöpft. Das Kriegsministerium wird dann nur für ein bis zwei Tage als Übergangsstadium die drohende Kriegsgefahr aussprechen, worauf die Mobilmachungserklärung folgen wird.

Auf 1 Uhr Mittags waren Exzellenz v. Tirpitz (der wie Delbrück doch gestern hier eintraf) und Exzellenz v. Falkenhayn zum Reichskanzler gebeten, nicht aber Exz. v. Moltke. Letzterer wurde vom Kriegsminister (auf Grund einer Vereinbarung) verständigt und erschien ungebeten.

S. M. der Kaiser ist entschieden auf Seite Moltkes und des Kriegsministers. Im Kriegsministerium herrscht Befremden über die Zumutung an unseren Bundesgenossen, die Erklärung betr. Wahrung des Besitzstandes Serbiens in Petersburg wiederholen zu sollen; man befürchtet unerwünschte Mißstimmung im österreichischen Heer und Volk.

Einen prächtigen Eindruck macht die Bestimmung des Kaisers, daß die Kaiser-Söhne als einfache Offiziere in der Front den Krieg mitmachen sollen.

v. Wenninger

Nr. 7

Nr. 2651

Berlin, den 30. Juli 1914

An
den Herrn Kriegsminister.

Vertraulich!
Bericht Nr. 4.

Betreff:
Politische Lage und militärische Maßnahmen.

1. Betr. Ausfuhrverbote siehe Beilage!
2. Das schon gestern aufgetauchte Gerücht, daß England erklärt hat, im Kriegsfall mit dem Zweibund zu gehen, wird heute bestätigt. Der Kaiser hierüber sehr empört. Die Marine hat „Sicherung“ befohlen, ein Vorstadium der drohenden Kriegsgefahr; die gleiche Anordnung wurde daraufhin den mit der Verteidigung von Sylt, Borkum und Pellwurm befaßten A. K.s (II, IX, X) befohlen.
3. Über den Inhalt der Depeschen des Kaisers und Zaren, die sich kreuzten, erfahre ich:
Der Zar führte Beschwerde, daß das Vorgehen Österreichs gegen Serbien unbegründet sei. Der Kaiser appellierte daran, daß die Fürsten solidarisch sein müßten in der Stellungnahme gegenüber dem Fürstenmord. Seitdem ist der Depeschenwechsel noch nicht abgeschlossen.
4. Ein neuer englischer Ausgleichsvorschlag, der in diplomatischen Kreisen als akzeptabel erscheint, geht dahin, daß Österreich Belgrad und andere serbische Städte in Besitz nehmen könne und daß inzwischen durch die Mächte auf Serbien eingewirkt werden solle, daß es die im Ultimatum gestellten Bedingungen glatt annehme. —

5. Der dem K. Kr.M. zugegangene 4. Bericht des Gr. G.St. vom 30. ds. deutet auf eine gewisse Stille in den Kriegsvorbereitungen in Frankreich und Rußland hin und schränkt frühere Berichte teilweise ein. —

6. Eine Antwort aus Wien ist immer noch nicht eingetroffen, was vielleicht als Zeichen einer Verstimmung aufgefaßt werden darf. Es wird bereits ein Telegramm des Kaisers an Kaiser Franz Josef erwogen.

v. Wenninger

Nr. 8

Telegramm

Berlin, den 31. Juli 1914

Militärreitschule und Kriegstelegraphenschule aufgelöst. Von Wien noch keine Nachricht.

Militär-Bevollmächtigter

Nr. 9

Nr. 2678

Berlin, den 31. Juli 1914

An
den Herrn Kriegsminister.

Vertraulich!
Bericht Nr. 5.

Betreff:

Politische Lage und militärische Maßnahmen.

An Frankreich und Rußland wurde heute Nachmittag (wahrscheinlich 4⁰⁰) die Anfrage gerichtet, ob sie neutral bleiben wollen; Antwortfrist für Frankreich 18, für Rußland 12 Stunden.

England wurde ein Neutralitätsvertrag angeboten, aber von diesem abgelehnt mit Hinweis auf seine Freundespflichten.

Die russische Botschaft hier war angeblich auf die falsche Nachricht des Lokalanzeigers hereingefallen, hatte ihrer Regierung die deutsche Mobilmachung gemeldet und sich dann geschämt zu berichtigen (nach anderer Version soll der ganze Vorfall von der russischen Botschaft inszeniert worden sein, um einen Grund für die russische Mobilmachung zu schaffen).

Österreich hat, wie vorauszusehen, den deutschen Vermittlungsvorschlag abgelehnt.

Beginn der Mobilmachung für Mitternacht 1./2. 8. spätestens zu erwarten.

Wenninger

Nr. 10

Nr. 2697

Berlin, den 1. August 1914

An den Herrn Kriegsminister.

Vertraulich!
Bericht Nr. 6.

Betreff:

Politische Lage und militärische Maßnahmen.

Der Kriegsminister hatte gestern den Reichskanzler gebeten, daß der Antwort Frankreichs und Rußlands sofort der Mobilmachungsbefehl folgen dürfe, damit noch der 1. August als erster Mobilmachungstag gewonnen würde, und zwar auch für Bayern.

Die Nacht verging; um 4⁰⁰ verstrich die russische, um 10⁰⁰ vorm. die französische Frist. Rußland hatte ausweichend und nichtssagend geantwortet, von Frankreich lag ein Antrag auf Verlängerung der Frist bis 1⁰⁰ nachm. vor, weil man sich erst in Petersburg erkundigen müsse, ob es wahr sei, daß Rußland mobil gemacht habe; man wisse davon nichts. (!) Das riecht bedenklich nach Zeitgewinn, der eigentlich nicht zugestanden werden sollte. Das preußische Kriegsministerium ist sehr ärgerlich über den verlorenen Mobilmachungstag.

Inzwischen hatte aber England erklären lassen, daß es sich doch noch »die Hände frei halten müsse«. Das war eine beachtenswerte Schwenkung, die nicht ignoriert werden durfte, selbst wenn sie nur einen Trick darstellte. Die Erklärung allein nimmt schon den Franzosen Wind aus den Segeln, wenn nicht diese eine ganz anders lautende Erklärung Englands besitzen.

Die Haltung Italiens hat neuerdings in Österreich verstimmt und hier Besorgnisse erregt; es ist mit dem Angebot Albaniens nicht zufrieden, sondern soll das Trentino und Triest verlangen. Cambon erklärte, Italien sei dem Dreibund noch nicht sicher.

Auch an Dänemark soll eine befristete Frage gerichtet worden sein. An Nachrichten lagen bis Mittag vor:

1. Aus Frankreich: Vormarsch stärkerer Kräfte von Toul und Frouart gegen die Grenze; wird als Grenzschutzbewegung angesprochen.
2. Aus Rußland: die Bahnlinie Petersburg-Warschau soll zerstört sein (Sabotage? Polen?).

v. Wenninger

Nr. 11

Nr. 2700

Berlin, den 1. August 1914

An den Herrn Kriegsminister.

Vertraulich!
Bericht Nr. 7

Betreff:

Politische Lage und militärische Maßnahmen.

Mit Italien soll ein Arrangement gefunden sein; welcher Art, ist noch unbekannt. Die Verstimmung darüber, daß Italien erklärte, der

casus foederis sei nicht gegeben, weil Österreich durch den Angriff auf Serbien indirekt Rußland angegriffen habe, ist noch nicht verwunden; sie fand ihren Nachhall darin, daß in der heutigen Rede des Reichskanzlers, die ich im Wortlaut hier beilege, von Italien mit keinem Wort gesprochen wurde.

Daß von England nicht die Rede war, hat seinen Grund in der noch ungeklärten widerspruchsvollen Haltung dieser Regierung.

Den ganzen Nachmittag über, auch noch nach Ausspruch der Mobilmachung, erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß die russische Regierung um Verlängerung des Ultimatums nachgesucht habe; man erklärt sich diese Bitte damit, daß zwischen Rußland und Frankreich Verhandlungen bestehen, weil Frankreich plötzlich wenig Kriegslust zeige.

An Rußland ist die Kriegserklärung bereits ergangen, sie soll jedoch nur Geltung haben für den Fall der ungenügenden Beantwortung des Ultimatums. An Frankreich ist die durch ihre chevalereske Fassung auffallende Kriegserklärung noch nicht abgegangen.

Die weiteren Beschlüsse des Bundesrats ergeben sich aus Beilage 2.
v. Wenninger

(Dem Bericht lag das als Manuskript gedruckte Protokoll der 27. Bundesratssitzung vom 1. August 1914 mit der Rede des Reichskanzlers bei).

Nr. 12

Nr. 2698

Berlin, den 1. August 1914

An
den Herrn Kriegsminister.

Durch Offizier persönlich
überbracht!

Ganz besonders vertraulich!
Bericht Nr. 8.

Betreff:
Politische Lage und militärische Maßnahmen.

Über den deutschen Operationsplan und die voraussichtliche Gruppierung der Streitkräfte erfahre ich aus bester Quelle folgendes:

Die erste Entscheidung wird gegen Frankreich gesucht; das Große Hauptquartier verläßt nach vollendetem Aufmarsch Berlin und begibt sich an den Rhein.

Gegen Frankreich werden 32 deutsche A.K. verwendet, darunter 21 aktive; sie werden voraussichtlich auf 27 franz. A.K. treffen, darunter 19 aktive; wie viele franz. Armeekorps gegen Italien stehen werden, ist nicht bekannt; möglicherweise nur zwei.

Rußland soll fünf Armeen zu je fünf A.K. aufstellen, und zwar 3 (= 15 A.K.) gegen Deutschland, 2 (= 10) gegen Österreich. Hieraus

ergibt sich, daß es starke Kräfte im Innern gegen Unruhen zurückhält; dann in Finnland gegen Schweden und in Ostasien.

Deutschland stellt gegen Rußland nur 6 bis 7 A.K. und starke Landwehr-Formationen.

Österreich stellt 24 A. K. auf (16 A.K., 16 Landw.-Div.), davon voraussichtlich 16 gegen Rußland; mit dieser Übermacht wird es nach getroffener Vereinbarung sofort den Vormarsch in nordöstlicher Richtung gegen die russische Südgruppe beginnen, diese schlagen und dann in die Flanke der russischen Nordgruppe operieren. Da behauptet wird, daß auch die russische Nordarmee zunächst sich verteidigungsweise verhalten und im Falle eines starken Angriffs langsam auf Petersburg zurückweichen soll, so hat es den Anschein, als ob das Rezept von 1812 wieder Anwendung finden solle. Daß dieser Plan tatsächlich gefaßt ist, daraufhin deutet auch, daß Petersburg in aller Eile befestigt wird, Tausende von Arbeitern sind damit beschäftigt.

v. Wenninger

Nr. 13

Nr. 2720

Berlin, den 2. August 1914

An
den Herrn Kriegsminister.

Streng vertraulich!
Bericht Nr. 9.

Betreff:
Politische Lage und militärische Maßnahmen.

Noch immer dauern die Kämpfe zwischen Militär und Diplomatie fort. Letztere schob und schob die entscheidenden Schritte hinaus. Die Grenzüberschreitung durch Rußland klärte wenigstens nach dieser Seite die Situation, heute mittag 1 Uhr wurde nach längerer Beratung dem russischen Botschafter der Paß zugeschickt und den Konsuln das Exequatur entzogen, dagegen erklärt, daß noch kein Anlaß vorliege, den gleichen Schritt gegenüber der französischen Mission zu tun.

Das Kriegsministerium war darüber sehr verdrossen, denn von allen Generalkommandos kamen Anfragen, wer denn nun als Feind zu betrachten sei. Da traf die willkommene Nachricht von unserem III. A.K. über den Bombenabwurf durch einen französischen Flieger bei Nürnberg ein. Nun erklärten Kriegsministerium und Generalstab, ohne noch einen diplomatischen Akt abzuwarten, Frankreich als Feind.

Hinsichtlich Frankreich und Rußland hat nunmehr die Politik zu schweigen. Nur hinsichtlich Englands geht der Meinungsstreit weiter. England soll erklärt haben, es werde neutral bleiben, wenn die Neutralität Belgiens und Hollands auch durch Deutschland gewahrt werde. Moltke bleibt dabei, sich in diesem Punkte lediglich von militärischen Erwägungen leiten zu lassen.

Der peinliche Umschwung Italiens trat ein in dem Momente, wo England seine Mittelmeerflotte verstärkte; als Grund schützte Italien Besorgnis wegen seiner ungeschützten Küsten vor. Um die gleiche Zeit, wo die unsichere Haltung Italiens hier bekannt wurde, traf ein höherer italienischer Marineoffizier hier ein und bat im Auftrag um den deutschen Flottenverwendungsplan. Er wurde nicht vorgelassen. Soviel ist sicher: Geht Italien nun mit oder nicht, so wird dem jetzigen Kriege noch ein österreichisch-italienischer Krieg nachfolgen.

Von Oberstleutnant Tappen wurde auch mir der Aufmarschraum der bayer. Armee bekanntgegeben, aber hinzugefügt, es sei nicht unmöglich, daß der Aufmarsch der bayer. Armee in eine andere Richtung gelenkt werde.

Die Nachbararmeen sind: rechts die Armee des Kronprinzen des Deutschen Reiches (an Stelle des erkrankten Gen.-Oberst v. Eichhorn), links die Armee von Heeringen.

Die Wahl des Generalmajors v. Krafft zum Chef Sr. K. H. des Kronprinzen von Bayern ist auf einen Wunsch Sr. K. H. zurückzuführen, den ich Exz. v. Waldersee für die Kaisermanöver zu überbringen hatte; diese Stellenbesetzung weicht von dem letzten Übereinkommen ab, Bayern wird aber, wie Moltke launig meinte, darüber nicht böse sein. S. K. H. der Kronprinz hat sich bei Exz. v. Moltke bereits bedankt.

Mit Hinblick darauf, daß der deutsche Kronprinz vom Regimentskommandeur zum Armeeführer avancierte, hat der Kabinettschef auch für die übrigen Kaisersöhne Beförderungen beantragt. Die Prinzen Eitel Friedrich und Oskar werden Oberstleutnants ohne Patent und Regimentskommandeure (Prinz Eitel Fritz 1. Garde-R. zu F.), Prinz August Wilhelm und Joachim werden Ordonnanzoffiziere bei Brigaden.

Hinsichtlich einer Begegnung S. M. des Königs mit S. M. dem Kaiser hat die Gesandtschaft eine Anregung bei Exz. Graf Hertling gegeben, dahin, hiefür den Zeitpunkt abzuwarten, wo das Große Hauptquartier sich an die Westgrenze begibt. Der preußische Kriegsminister, dem ich mich bestimmungsgemäß anzuschließen habe, hat mir erklärt, daß er sofort ins Hauptquartier abgehen werde, sobald S. M. Berlin verlasse. Ich darf schon jetzt die Anregung geben, ob nicht S. M. dem preußischen Kriegsminister den bayerischen Orden mitzubringen die Gnade haben würde, der ihm für die Kaisermanöver zugedacht war; für den Fall dieser Anregung stattgegeben wird, bitte ich um Nachricht, um das Kabinett hievon verständigen und Reziprozität anregen zu können.

v. Wenninger

Nr. 14

Telegramm

Berlin, den 3. August 1914; 3¹⁰ nachm.

England 50 Mill. Pfund Kriegsanleihe. London Kriegsbegeisterung. Brunnen- und Mehlvergiftung Metz, Straßburg falsches Gerücht;

ebenso Bombenabwurf Nürnberg. Dagegen ichtig Einmarsch französischer Kompagnien Richtung Altmünsterol. Deutsche Luftaufklärung noch nicht eingeleitet. In Preußen allgemeine Amnestie geplant, auch militärisch. Pfadfinder zur Erntearbeit, Arbeitsvermittlung usw. herangezogen.

Militär-Bevollmächtigter

Nr. 15

Nr. 2731

Berlin, den 3. August 1914; 8⁰⁰—9⁰⁰ nachm.

An
den Herrn Kriegsminister.

Streng vertraulich!

Betreff:
Politische Lage.

Im Nachgang zu meinem heutigen Telegramm berichte ich noch folgendes:

Der Große Generalstab gab gestern Abend keinen gedruckten Bericht heraus.

Die Taktik des Auswärtigen Amtes ging bisher dahin, möglichst viele Grenzverletzungen von französischer und russischer Seite festzustellen, ohne sie Frankreich gegenüber, mit dem der Kriegszustand noch nicht angenommen war, zu erwidern. Dies wird sich nun ändern, da seit 6⁰⁰ abends dem französischen Botschafter die Pässe zugestellt sind.

Der Kaiser ist sehr verstimmt über die Haltung Italiens; ein gestern abgesandtes Telegramm des Kaisers an den König von Italien war ohne Antwort geblieben. Italien hat nunmehr seine Neutralität erklärt; es soll aber auf besonderem Wege noch der Versuch unternommen werden, Italien zum Bündnis zurückzuführen.

Die russische Mobilmachung soll angeblich ohne Wissen des Zaren vom Großfürsten Nikolajewitsch ausgesprochen worden sein.

v. Wenninger

V

West-östliche Orientierung?

(Siehe auch Einleitung Seite XXV ff.)

I.

Die Frage des Anschlusses Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich spielte nach der Umwälzung vom November 1918 eine große Rolle. Das gesamte deutsche Volk verlangte den Zusammenschluß, Österreich erklärte sich fast einstimmig dafür. Die Entente, unter dem beherrschenden Einfluß Frankreichs, verhinderte ihn und entschied schließlich mit einem Gewaltspruch gegen das von ihr vorher als Grundsatz verkündete, in diesem Falle sonnenklare Recht der Selbstbestimmung der Völker.

Zwischen dem revolutionären Ministerpräsidenten Eisner und seinem Berner Gesandten Friedrich Wilhelm Foerster entstand ein Meinungs-austausch über die Anschlußfrage. Foerster hat nicht unterlassen, seine auch öffentlich gegenüber einem Vertreter der Agence Havas vorgebrachten Einwände gegen den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich in einer kurzen Denkschrift (21. November 1918) für die bayerische Regierung zusammenzufassen und ihr seine Ansichten nahezulegen. Nicht in seiner Eigenschaft als Gesandter, aber doch „als Professor Foerster, der sich viel mit den österreichischen und südeuropäischen Fragen beschäftigt hat“¹⁾!

Im Anschluß an das Bekenntnis der bayerischen Regierung zu einer „föderativen Verknüpfung“ Österreichs mit Deutschland empfahl er dringend, eine solche Lösung mindestens noch hinauszuschieben. Man solle die Entente nicht gegen Deutschland aufbringen, deren „Mißtrauen in die Realität eines neuen Geistes“ noch nicht überwunden sei! Die Alliierten wünschten um keinen Preis jetzt eine Vergrößerung Deutschlands! Sollte die Vereinigung trotzdem unerwartet vollzogen werden, meldete Foerster,

¹⁾ Original im Münchener Ministerium des Äußern.

so würden wahrscheinlich auf der Gegenseite Vorschläge kommen, „zur Ausgleichung dieses Agrandissements das linke Rheinufer an Frankreich abzugeben“. Auch in der polnischen Frage würde man Deutschland dann zu kurz kommen lassen!

Der Gesandte findet den Anschluß auch vom Standpunkte Deutsch-Österreichs aus nicht zweckmäßig. Er fürchtet für die Kulturwürde Österreichs, wenn es sich nach Norden umstellt. Gegen die reichsdeutsche Betriebsamkeit käme es nicht auf und würde zu einer Wirtschaftsprovinz Berlins. Die wirtschaftliche Tradition des Landes sei seit Jahrhunderten nach Südosten orientiert. Umgekehrt komme jetzt schon, mitten im Rausche der jungen nationalen Selbständigkeit, den slawischen Partnern zum Bewußtsein, daß sie auf ihre deutsch-österreichischen Nachbarn angewiesen seien. Foerster hält diese slawischen Staatsgebilde für nicht lebensfähig und sieht bereits entstehen, was er wünscht: Eine deutsch-slawische Gemeinschaft nicht nur in der Wirtschaft, sondern „mit ihren psychologischen und soziologischen Anpassungen“, die zu enger politischer und kultureller Gemeinschaft führen müssen. Also, an Stelle der eben zertrümmerten Habsburger Doppelmonarchie eine „neue Konföderation der Südoststaaten“! Dieser Gedanke müsse triumphieren über die Idee der Vereinigung mit Deutschland. „Es war der alte Sinn der deutschen Südostmark, durch Föderation mit der slawischen Welt deutsche Kulturmacht zu fördern“.

Als Vorkämpfer übernationaler Staatsformen, als abgesagter Feind des „auflösenden“ und „kleingeistigen“ Nationalprinzips, wollte Foerster also den Versuch eines kleinen mitteleuropäischen Völkerbundes gemacht wissen, der nach ihm auch für den europäischen Frieden von entscheidender Wichtigkeit wäre. Dieser Gesichtspunkt gebe für die Alliierten, namentlich für England den Ausschlag: „Es wäre daher sehr wichtig, wenn unsere auswärtige Politik hier nicht die Absichten der Entente gerade in dem Augenblicke durchkreuzen würde, in dem wir vor einer Hungersnot stehen und ganz vom guten Willen unserer Feinde abhängig sind“.

Man sieht, der Gesandte zog alle Register, um der bayerischen Staatsleitung seine Vorschläge einleuchtend und annehmbar zu machen. Er übergang dabei, daß der Krieg doch für das von der Entente verkündete Recht der nationalen Selbstbestimmung

entschieden hatte, und daß dieses doch auch für die Deutschen Österreichs gelten müßte. Seiner Lehre von der „deutsch-slawischen Symbiose“ zuliebe beschneidet er dem eigenen Volke dieses Grundrecht und verschmäht auch nicht, die Wünsche und Absichten der Entente als Richtpunkte zu nehmen. Er leistet Vorarbeit für jene, die das Heil Mitteleuropas mit der Zersplitterung und der völligen staatlichen Ohnmacht des deutschen Volkes heraufführen möchten.

Oder wäre es etwas anderes, wenn die alten Grenzmarken Deutschlands in Ost und West, wie Foerster es mit ihnen vorhatte, zu sogenannten übernationalen Gebilden würden? Wer wollte nach solcher deutscher Selbstaufgabe die Franzosen dann noch hindern, aus dem ganzen Linksrhein den von ihnen beabsichtigten Zwischenstaat zu gestalten? Wohin käme es, wollte das deutsche Volk selbst sein auch ihm verbürgtes Grundrecht aufgeben, eine große nationale Gemeinschaft zu bilden, über die heutigen Grenzen des Reiches hinaus?

Solche zwingende Erwägungen, die ja allenthalben auftraten, konnte auch der bayerische Ministerpräsident nicht von der Hand weisen. Er trug in diesem Falle den Anforderungen der politischen Wirklichkeit Rechnung. Er verfiel nicht in den ihm zgedachten Fehler, einer Doktrin zuliebe ein bedenkliches politisches Experiment zu befürworten, das nur auf Kosten des deutschen Volkes zu machen wäre.

Der internationale Sozialist tat dem pazifistischen Gesandten, der auch einem Vertreter der Ententepresse seine Pläne entwickelte, Einhalt: „Ich bitte Sie, gelegentlich in der Öffentlichkeit festzustellen, daß Ihre Anschauungen über den Anschluß Österreichs Ihre Privatansichten sind und sich nicht decken mit meinen Anschauungen oder denen der bayerischen Regierung“.

Für diese Haltung wird auch mitbestimmend gewesen sein, daß die sozialistischen Leiter der deutsch-österreichischen Republik für den Anschluß an Deutschland auftraten. Auch war zu beachten, daß einflußreiche bayerische Politiker wie Dr. Heim sich für einen engeren Zusammenschluß der österreichischen Alpenländer mit Bayern einsetzten. Davon erhoffte Heim die Möglichkeit eines selbständigen lebensfähigen südöstlichen deutschen Staates, besonders im Falle einer Überflutung des deutschen Nordens durch den Bolschewismus. Diese für manchen verführerische „großbayerische“

Idee trieb naturgemäß diejenigen, die eine Angliederung nicht an Bayern, sondern an das Deutsche Reich als solches für das Richtige erachteten, zu stärkerer Kraftentfaltung an.

* * *

Die Vorschläge Foersterns zur Behandlung der deutsch-österreichischen Frage waren Versuche, die Bemühungen, die er schon während des Krieges in dieser Sache in Wien selbst angewendet hatte, fortzusetzen.

Anfang Juli 1917 hatte der damalige Münchener Professor die Möglichkeit bekommen, seine Ansichten über eine „zeitgemäße Lösung des österreichischen Nationalitätenproblems“ vor Kaiser Karl zu entwickeln. Dieser zeigte sich „hellsichtig für die Forderung der Stunde“ und war zur Bewilligung weitgehender Autonomie für die österreichischen Völker bereit.

Ein Kabinett aus allen Nationen der Monarchie war bereits in Aussicht genommen, „das der Aufgabe gewachsen gewesen wäre“. Foerster währte, daß eine solche Neuordnung auf die Ententevölker einen tiefen Eindruck gemacht hätte. Ja, ihm schwebte die Möglichkeit vor, dadurch den Frieden herbeizuführen und ihn durch eine „Friedensföderation der europäischen Südostvölker“ für die Zukunft zu festigen.

Da verhinderte deutsch-österreichischer Widerstand die Ausführung des Planes.

Diese Angaben macht Foerster selbst in seinem Nachkriegsbuche „Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland“ (1920). Sie werden, wenn auch in anderer Auffassung, bestätigt durch Geheimberichte, die der Reichskanzler und in Abschrift die bayerische Regierung von der deutschen Botschaft in Wien 1917 über die damalige Wirksamkeit Professor Foersterns in Wien erhielten¹⁾. Man hatte auf deutscher Seite den Eindruck, daß Foerster und sein Freund Lammasch vor allem auf eine Sonderfriedensaktion Österreichs abzielten. Sie sprachen sich dahin aus, daß Österreich im Auslande beliebt sei und auch in Frankreich und England Sympathien genieße. Die

¹⁾ Abschriften im Münchener Ministerium des Äußern. — Von mir in Wortlaut veröffentlicht in der Wochenschrift „Allgemeine Zeitung“, München, 14. Mai 1922.

Entente dächte nicht daran, Österreich zu schwächen. Ihr Haß richte sich lediglich gegen Deutschland.

Ein Bericht der deutschen Botschaft in Wien vom 20. Juli 1917 meldet, Kaiser Karl nehme seit ungefähr vier Wochen dem Grafen Czernin immer mehr die Zügel der Regierung aus der Hand, ganz durchdrungen von dem Gedanken, „daß es ihm gelingen müsse und werde, den allgemeinen Frieden zu machen“:

Zu diesem Zwecke beruft der Monarch fast täglich Pazifisten zum Meinungsaustausch auch nach seinem Sommersitz in Reichenau, wo er sonst nicht gerne gestört wird. Seine Haupttratgeber sind drei Professoren, Professor Lammasch (Herrenhaus), Professor Redlich (Abgeordnetenhaus) und der Münchener Professor Foerster. Diese drei halten fest zusammen. Sie vertreten den Standpunkt, daß Deutschland an der Verlängerung des Krieges die Schuld trägt, und daß Österreich, überall beliebt, zur Vermittlung berufen sei. Sie machen dafür Propaganda. Professor Lammasch hat neulich dem Grafen Czernin vorgeschlagen, uns ein Ultimatum zu stellen, binnen 48 Stunden in die Abtretung Elsaß-Lothringens einzuwilligen, andernfalls werde Österreich einen Sonderfrieden schließen. Graf Czernin hat ihn mit den Worten abgewiesen, er mache keine »Schweinereien«. Die beiden anderen Professoren dürften der Ansicht ihres Freundes nicht fernstehen. Dem Grafen Czernin sind die Professorenberufungen sichtlich unangenehm. Er kann sie aber anscheinend nicht verhindern. Er ist überzeugt, daß Kaiser Karl viel zu vornehm denkt, um einer direkt illoyalen Handlung fähig zu sein, daß er aber von diesem Friedensstifterspiel nicht abzubringen ist. Das Spiel ist gefährlich, unsere hiesigen Freunde sind sehr beunruhigt, die Gegner ermutigt, aber auch die auswärtigen Feinde dürften ihre Hoffnungen kaum noch auf militärische oder wirtschaftliche Niederringung setzen, sondern auf Sprengung des Bündnisses, auf die Habsburger Friedenspolitik.

2.

Mit einem anderen unmittelbaren östlichen Nachbarn, der Tschecho-Slowakei, der Freundin der Franzosen, suchte Eisner alsbald in engere Fühlung zu kommen. Ein eigener diplomatischer Vertreter wurde nach Prag gesandt, der vor allem den wirtschaftlichen Warenaustausch wieder in Gang bringen sollte, auf den beide Länder von jeher angewiesen waren. Aber die Bemühungen, böhmische Kohlen zu bekommen, um der Kohlennot in Bayern abzuhelpen, blieben ohne nennenswertes Ergebnis. Aus dem erstrebten Handelsabkommen ist nichts geworden. Dazu liefen beunruhigende Gerüchte um, die sicherlich nicht ganz unbegründet waren, daß die Tschechen ihren französischen Freunden mit einem

Vormarsch auf der Mainlinie entgegenkommen würden, wenn sich die Friedensverhandlungen zerschlagen sollten und daß sie an der bayerischen Grenze militärische Vorkehrungen trafen.

Schließlich blieb von allem nur ein weitschweifiger, für die Veröffentlichung in den Zeitungen bestimmter Erguß des außerordentlichen Gesandten in Prag übrig (1. Dezember), der den Stand der Verhandlungen im rosigsten Lichte erscheinen ließ und es lediglich dem Einspruch Berlins zuschrieb, wenn das Handelsabkommen noch nicht fertig sei. Sonst begnügte er sich, mit allgemeinen und vielverheißenden Wendungen die erfreulichen Aussichten und Wirkungen einer Anlehnung Bayerns an Frankreich im Westen und an die Tschecho-Slowakei im Osten darzutun.

Man kann verstehen, daß gegen eine von solchen Gesichtspunkten geleitete Tätigkeit von Berlin aus Einspruch erhoben wurde. München hat denn auch seinen Bevollmächtigten unverrichteter Dinge wieder heimgerufen.

VI

Gegen Lüge und Entstellung.

Der gegen die Glaubwürdigkeit der deutschen und bayerischen Aktenpublikationen gerichtete Stoß, der im Frühjahr 1922 mit der Behauptung geführt wurde, es habe im diplomatischen Verkehr „eine doppelte Buchführung“ gegeben, ist gänzlich ins Leere gegangen.¹⁾

Als bald wurden andere Mittel angewandt, um mit den „Bayerischen Dokumenten“ fertig zu werden. Die Entente-Propaganda, auch in diesem Falle von sogenannten Deutschen unterstützt, trat mit den gewagtesten Erfindungen und Methoden auf den Plan.

Zwar machte sie keinerlei ernsthaften Versuch, die Klarstellung zu widerlegen, die sich über die Enthüllungsaktion Eisners, ihre politischen Folgen und Wirkungen ergeben hätte. Die unbequeme Tatsache, daß die von ihm 1918 mangelhaft publizierten, in Versailles und in der französischen Kammer so gewichtig verwerteten Dokumente der Beweiskraft gegen Deutschland entbehren und als Behelfe der Versailler Schuldanklage entkräftet sind, wurde verlegen beiseite geschoben.

Statt dessen stürzte man sich eifrig auf die von mir im zweiten Teile des vorliegenden Bandes neu herausgegebenen Gesandtenberichte und durchsuchte sie mit heißem Bemühen nach einzelnen Wendungen, Sätzen, Stellen, die man für geeignet erachtete, als Zeugnisse gegen Deutschland gebraucht oder vielmehr mißbraucht zu werden.

Eine solche tendenziöse Zusammenstellung brachte der „Temps“ vom 7. März 1922 und mit ihm die „Times“.

Es ging dabei nicht ohne persönliche Verdächtigungen ab, denen ich damals mit folgender öffentlichen Erklärung begegnete (10. März 1922):

¹⁾ Siehe Seite 103, 104. — Seite 199: Urteilsbegründung.

Das Pariser Blatt bringt Auszüge und behauptet, daß die Aktenstücke, aus denen die Auszüge stammen, bisher der Öffentlichkeit vorenthalten worden seien, daß aber der Artikelschreiber hinter das Geheimnis und in die Lage gekommen sei, aus den noch verborgenen geheimen Dokumenten seinen Lesern Mitteilungen zu machen. Diese ganze Darstellung ist blanker Schwindel. Die vom „Temps“ benutzten Aktenstücke sind samt und sonders, allerdings lückenlos und in vollem Wortlaut und mit vielen anderen vom „Temps“ vorsichtig unterschlagenen bayerischen Dokumenten, in der von mir anfangs Februar dem bayerischen Landtag gedruckt vorgelegten Sammlung „Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch“ veröffentlicht. Dieses Buch ist nicht nur den sämtlichen Abgeordneten, zahlreichen behördlichen Stellen im Lande und im Reiche, dem Reichstag usw. zugestellt, sondern gleichzeitig auch diplomatischen Vertretungen des Auslandes sowie der Presse des In- und Auslandes ohne Unterschied der Partei zugänglich gemacht worden.

Mit dieser Feststellung erledigt sich die Behauptung des „Temps“, als ob in meiner gleichzeitigen Abhandlung in den „Süddeutschen Monatsheften“ über die „Auswärtige Politik Kurt Eisners und der bayerischen Revolution“ die vom „Temps“ verwerteten Dokumente absichtlich beiseite gesetzt worden seien. Diese Behauptung ist ein perfider Versuch, die Feststellungen, die ich in dieser Abhandlung über die seinerzeitigen Eisner'schen Auszüge aus vier bayerischen Dokumenten, über die Unzulänglichkeit dieser Auszüge und über die fälschende Ausbeutung derselben in Versailles gemacht habe, zu umgehen.

Was die vom „Temps“ gebrachten Auszüge betrifft, so stellen sie sich dar als einzelne, völlig willkürlich aus dem Zusammenhang herausgerissene Stellen, Sätze und Wendungen, in denen der Artikelschreiber des Pariser Blattes eine Belastung für Deutschland erblicken zu können meint. Die ganze Aufmachung bedeutet eine grobe Entstellung, ja Fälschung des Gesamtinhalts der von mir veröffentlichten bayerischen Gesandtenberichte. Aus ihm ergibt sich für jeden Unbefangenen ein ganz anderes Bild, als der „Temps“ es mit seinen zurechtgestutzten Auszügen vortäuscht. Dieses wahre Bild stimmt in allem wesentlich überein mit demjenigen, das unbefangene Forscher und Beurteiler auch des Auslandes aus den früheren großen deutschen und österreichischen Aktenpublikationen gewonnen haben: Deutschland ist in den Weltkrieg hineingeschlittert, seine politische Leitung und Diplomatie hat in den kritischen Wochen und Tagen zweifellos mehrfach versagt und vielleicht Torheiten begangen, sie war aber keineswegs beherrscht vom Kriegswillen. Deutschland hat vielmehr den Weltkrieg weder von langer Hand geplant noch auch ihn planmäßig entfacht. Es hat ihn vielmehr schließlich zu verhindern gesucht. Ein Ergebnis, das be-

kanntlich auch Kautsky aus seinen Aktenveröffentlichungen gewonnen hat.¹⁾

Der „Temps“ vom 14. März 1922 leistete sich dann folgende Ungeheuerlichkeiten über mein Buch:

Mit dieser Veröffentlichung wollte man der Schuldüge den Kopf abschlagen. Aber beim Studium der Dokumente sah sich Doktor Pius Dirr genötigt, mehr und mehr die verbrecherische Politik des Reiches anzuerkennen, und er versuchte, die verlangte Veröffentlichung zu verschieben. Seinen Freunden bekannte er ohne Zögern, daß die Veröffentlichung dieser bayerischen Dokumente „ein Bärendienst“ wäre, und die Alldutschen haben ihn auch in dem Augenblicke, wo die Sammlung der Untersuchungskommission des Landtags vorgelegt wurde, verstanden.

Man hat versucht, der Katastrophe, die man kommen sah, wenn die Dokumente bekannt würden, vorzubeugen. Klug hatte Dr. Dirr schon seine Vorsichtsmaßregeln getroffen, indem er nur 50 Exemplare drucken ließ, die er an sichere Abgeordnete, deren Namen alle bekannt waren, verteilen ließ. Als die Presse der Linken Lärm schlug, wurde sie durch die Erklärung beruhigt, daß die Dokumente im Buchhandel in einer Woche erscheinen würden. Drei Wochen sind vergangen, und noch nichts ist erschienen. Und als Ihr Korrespondent sich heute erkundigte, erfuhr er, daß die Sammlung in ungefähr sechs Wochen veröffentlicht würde. Das will auf gut Deutsch sagen, daß man sie nie zu sehen bekommen wird.

Ich sah mich genötigt, diese Angaben in einer geharnischten Erwiderung (17. März 1922) als freche Lügen zu brandmarken. Nie habe ich das Ergebnis meiner Arbeit so angesehen, nie mich so darüber geäußert, wie das Boulevardblatt behauptet. Wahr ist vielmehr, daß ich nicht nur auftragsgemäß die Untersuchung über die Enthüllungen Eisners und ihre politischen Wirkungen ohne jede voreingenommene Absicht, rein als Wahrheitssuche durchführte, sondern darüber hinaus, in Übereinstimmung mit Landtag und Regierung, diejenigen bayerischen Gesandtenberichte aus den letzten Vorkriegswochen, die sich mit der europäischen Hochspannung und der drohenden Kriegsgefahr befassen, aus freien Stücken als zweiten Teil dem Urkundenbände beigab. Zweck und Gründe sind in den Vorbemerkungen zu Teil B ausdrücklich angegeben.

Das Buch ist, wie oben bereits erwähnt, schon in seiner ersten Ausgabe als Landtagsdrucksache sofort den maßgebenden poli-

¹⁾ Vgl. die Widerlegung im Einzelnen in der Einleitung dieses Buches Seite LXIX ff.

tischen Kreisen und der Presse aller Richtungen und, wohlgemerkt, auch den diplomatischen Vertretern des Auslandes in München zugänglich gemacht worden. Herr Dard, der Franzose, genoß den Vorzug, zwei Freixemplare zu bekommen.

Wo soll da die Absicht irgendeiner Verheimlichung gelegen haben?

Im Buchhandel erschien das Werk, sobald die von Anfang an vorgesehene und vorbereitete Buchausgabe im Drucke fertiggestellt war. Wenn das länger dauerte, als dem Korrespondenten des „Temps“ paßte, so einfach deshalb, weil die hiefür noch nötigen Arbeiten nicht mit der Leichtigkeit, Schnelligkeit und — Gewissenlosigkeit besorgt werden konnten, mit der die Pariser Presse lügnerische Artikel, wie die oben erwähnten, in die Welt gehen ließ¹⁾.

¹⁾ Ungeachtet der vorstehenden Abfertigungen sind die gleichen oder ähnliche unwahre Bezeichnungen von einem anonymen Lästler in der „Menschheit“ Nr. 16 vom 20. Juni 1924 wiederholt und durch weitere, ebenso unrichtige Anwürfe in bezug auf die Behandlung der Berichte des bayerischen Militärbevollmächtigten vermehrt worden. (Vgl. den Abschnitt „Berichte des bayerischen Militärbevollmächtigten“!). — Eine solche unehrliche Polemik richtet sich von selbst. Solche Anwürfe können mich ebensowenig treffen wie die persönlichen Verunglimpfungen, mit denen der Artikelschreiber mich überschüttet! Ebensowenig auch, wie die in der gleichen Zeitschrift verbreitete Lüge, ich hätte die belgischen Dokumente über die „Conventions Anglo-Belges“ zugunsten Deutschlands gefälscht, während ich mit der Auffindung und Herausgabe dieser Aktenstücke nicht das Geringste zu tun hatte.
